:antifaschistische nachrichten Nr. 23

g 3336 17.11.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Gedächtnisstätte“ in Borna?

Borna. Der Verein „Gedächtnisstätte“, der durch den Düsseldorfer Anwalt und Oberst a.D. Hajo Herrmann vertreten wird, verfolgt seit etwa zehn Jahren ein Denkmalprojekt für die deutschen Opfer des 2.Weltkiegs. Errichtet werden soll dies nun auf einem Anwesen in Borna, südlich von Leipzig. Das Gelände besteht aus einem 1922 gebauten Verwaltungsgebäude (Haupt- und Nebengebäude) des Braunkohlebergbaus und einem Grundstück über 10 500 m^2. Geplant ist dort u.a. die Unterbringung von „Dokumentationen“ und die Errichtung eines Denkmals. Der ehemalige Jagdflieger Herrmann bekam im vergangenen Jahr die Hutten-Medaille der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ verliehen. Im letzten Jahr sprach er auch auf einer Veranstaltung der NPD und wurde vom NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ interviewt.

hma ■

„Deutsche Partei“ in NRW

Bochum. Die am rechten Rand beheimatete „Deutsche Partei“ (DP), die u.a. mit der neofaschistischen NPD zusammenarbeitet, hat einen Landesverband in Nordrhein-Westfalen gegründet. Auf der von DP-Bundesgeschäftsführer Franz-Josef Reichmann geleiteten Gründungsveranstaltung wurde der Bochumer Michael Fischer (32) zum Landesvorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wurde Alexander Allberg, Schatzmeisterin Pia Fischer. Die vor einigen Jahren wiederbelebte DP beteiligte sich bis in die 50er Jahre an Regierungskoalitionen u.a. mit CDU/CSU und FDP. Funktionäre der DP, so der spätere Bundesjustizminister Hans-Joachim von Merkatz, während des Naziregimes Generalsekretär des „Ibero-Amerikanischen Instituts“ in Berlin, standen 1951 Pate bei der Gründung der neofaschistischen „Erste Legion“, die sich als „militante Gemeinschaft“ verstand, die für eine „geistige, sittliche, soziale und politische Erneuerung Deutschlands auf dem Fundament der natürlichen, in Gott gegebenen Ordnung“ kämpfte. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Wo steht die Hamburger NPD? Versuch einer Einschätzung . . . 7
Jugendunruhen in Frankreich – Die Hintergründe. 11

Halbe, 12.11.05

Kein „Heldengedenken“ in Halbe

POTSDAM / HALBE. Gleich zwei Mal gelang es in den letzten Tagen antifaschistischen Bündnissen, Aufmärsche von Neonazis in Berlin und Brandenburg zu stoppen. 5.000 Demonstranten stoppten am Samstag, dem 5.11., einen Aufmarsch von etwa 250 Neonazis unter Führung des Hamburgers Christian Worch. Mehr als 2.000 Polizeibeamte aus fünf Bundesländern waren nach Potsdam beordert worden, nachdem Versuche, den Nazi-Aufmarsch auf gerichtlichem Weg zu untersagen, gescheitert waren.

Die Taktik der antifaschistischen Gegendemonstranten orientierte sich am erfolgreichen Vorgehen am 8. Mai 2005 in Berlin. Damals hatten sich Tausende Gegendemonstranten dem Nazi-Aufmarsch in den Weg gestellt und jede Räumung der Straße verweigert. Die Polizei war gegen die Blockade nicht eingeschritten, die Nazis konnten ihren Versammlungsort nicht verlassen und mussten schließlich wieder abziehen. So auch dieses Mal in Potsdam.

Mehr als 2.000 Demonstranten, unter ihnen auch Potsdams Oberbürgermeister Jacobs (SPD), blockierten alle Straßen vom Versammlungsort der Nazi-Demo in Richtung Innenstadt. Aufforderungen der Polizei, die Straße zu räumen, wurden ignoriert, die Polizei hielt ihre Wasserwerfer und Räumungspanzer im Hintergrund und schritt gegen die Blockade nicht ein, mit der Folge, dass die Nazis ihren Marsch abbrechen und wieder in die Züge steigen mussten. Kurz nach 15 Uhr meldete dann ein Berliner Neonazi überraschend eine zweite Demonstration in Berlin an. Um 17.40 Uhr begann der kurze Aufzug mit noch 200 Nazis, die eine halbe Stunde später wieder abbrachen, bevor sich mehr Gegendemonstranten versammelten.

Ähnlich am 12.11. in Halbe. Nachdem das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg am Freitag einen Nazi-Aufmarsch zur Glorifizierung von Waffen-SS und Wehrmacht bis zum Friedhofsvorplatz unverständlicherweise genehmigt hatte, versammelten sich 2.200 Menschen, darunter auch Politiker von SPD, CDU und Linkspartei.PDS, im Ortszentrum von Halbe, um den von den Nazis geplanten Schweigemarsch zum Waldfriedhof zu stoppen.

Die Polizei verzichtete darauf, die Blockade zu beenden, die etwa 1.700 Neonazis kamen nicht durch und zogen am Abend ohne Erfolg wieder ab.

rül, (Quellen: Berliner Zeitung, 7.11.05, Tagesspiegel, 13.11.05) ■

Halbe, 12.11.05

Schülerverbindung in Südtirol

ITALIEN/ÖSTERREICH. Der „Österreichische Pennälerring“ (ÖPR) hat am 12. September mit Unterstützung der „Österreichischen Landsmannschaft“, dem „Südtiroler Hilfs- und Schulverein“ und der „Universitätssängerschaft Skalden zu Innsbruck“ eine Schülerverbindung in Meran/Südtirol gegründet. Die neu gegründete Schülerverbindung, die erste in Südtirol, wird künftig unter dem Namen „SV! Gothia zu Meran“ fungieren. Zum Sprecher wurde Philipp Klotz ernannt. Der ÖPR ist neben dem „Bergiselbund“ und der „Deutschen Burschenschaft“ Mitveranstalter des „Freiheitskommers“, der vom 18.-20. November in Linz stattfindet.

Die Festrede im Linzer Theaterkasino soll am 19. November Prof. Dr. Lothar Höbelt aus Wien halten. Der wurde in diesem Jahr wiederholt von der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey interviewt. Der Mitautor der „Festschrift“ für den britischen Geschichtsrevisionisten David Irving ist mit Beiträgen u.a. auch in der „Jungen Freiheit“, der „Zur Zeit“ und in der „Sezession“ des „Instituts für Staatspolitik“ zu finden. *hma* ■

Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche

KARLSRUHE/RASTATT. Der Hamburger Neonazi Christian Worch hat für den 3. Dezember 2005 in Karlsruhe einen „Fackelumzug“ am späten Nachmittag angemeldet. Eine weitere Veranstaltung am selben Tag ist um die Mittagszeit in Rastatt beantragt. Die Aktion soll unter dem Motto „Daniel Wretström, Sandro Weilkes, Pim Fortyn – Kein Vergessen – Kein Verzeihen“ stattfinden und wird mit der „ausufernden Gewalt gegen Nationalisten als Opfer einer falschen, inländerfeindlichen Politik“ begründet. Die drei genannten Personen werden von den Rechtsextremen als Märtyrer gefeiert.

In Karlsruhe bereiten seit Anfang Oktober zahlreiche Vertreter von demokratischen Organisationen und Parteien Aktionen gegen die Nazi-Aufmärsche vor und werben für das Verbot dieser Veranstaltungen. „Rastatt und Karlsruhe dürfen nicht zum öffentlichen Tummelplatz von Neonazis werden!“ „Weiße Rose gegen braune Gewalt – ohne Nazis und Rassisten leben – in Rastatt, Karlsruhe und überall!“

Die Oberbürgermeister beider Städte wurden aufgefordert, die Aufmärsche zu verbieten und· Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen die Aufmärsche vorzubereiten.

http://www.antifa-buendnis-ka.de.vu ■

Gedenken an die Deportation der Juden durch die Reichsbahn

MANNHEIM. Anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht vom 9. November 1938 führte der Arbeitskreis Justiz in Mannheim am Mittwoch, 9. November einen Informationsstand und eine Kundgebung vor dem Mannheimer Hauptbahnhof durch. Der Ort wurde gewählt, um auf die Rolle der Reichsbahn bei der Deportation und Ermordung der Juden hinzuweisen. Der Arbeitskreis unterstützt dabei die Forderung, die bereits in Frankreich gezeigte Ausstellung über die Deportation von 11 000 Kindern in den historischen Durchgangsbahnhöfen der Deutschen Bahn AG zu präsentieren.

Nachdem die Nazis am Morgen des 10. November 1938 in Mannheim beide Synagogen gesprengt und viele jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüstet hatten, wurden alle jüdischen Männer zwischen 16 und 60 Jahren verhaftet und am Abend mit einem Sonderzug über den Hauptbahnhof ins KZ Dachau verfrachtet. Es waren einige Hundert. Am 22./23. Oktober 1940 wurden die meisten der noch in Mannheim lebenden Jüdinnen und Juden nach Südfrankreich verschleppt. Es handelte sich um fast 2000 Einwohner aus Mannheim, die von dem Befehl des Abtransports völlig überrascht wurden. Ohne Proviant wurden Familien mit Säuglingen, Kinder und Greise drei Tage lang quer durch Frankreich bis an die Pyrenäen nach Gurs befördert. Für den Transport der rund 6500 Juden aus ganz Baden, der Pfalz und dem Saarland setzte die Reichsbahn insgesamt neun Züge ein. Diese „Säuberung“ Badens galt als Probelauf für die logistische Herausforderung der sog. „Endlösung“. Die meisten, die die Torturen in den Lagern überlebten, wurden schließlich 1943 und 1944 über eine Sammelstelle in Drancy nördlich von Paris in Viehwaggons der Bahn nach Auschwitz in die Gasöfen gefahren. Der Mannheimer Hauptbahnhof war hier immer eine Durchgangsstation mit einem halbstündigen Aufenthalt.

Aus ganz Europa deportierten die deutschen Besatzer während des Zweiten Weltkrieges mehrere Millionen Menschen und schickten sie auf dem Schienennetz der Deutschen Reichsbahn ins Verderben. Diese erstellte Fahrpläne, sorgte für die Logistik und kassierte für jeden Menschen ca. 50 Reichsmark. Unter den Millionen von Deportierten befanden sich zahllose Kinder. Aus Frankreich ist ihre genaue Zahl bekannt: Es waren 11000. An die elftausend Kinder hat in Frankreich eine Ausstellung in den französischen Bahnhöfen entlang ihres Weges erinnert, Die von der französischen Angehörigenorganisation „Fils et Filles des Deportés Juifs de France“ (FFDJF, Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs) initiierte Ausstellung war in Frankreich auf 18 Bahnhöfen unter Mitwirkung der französischen Staatsbahnen SNCF gezeigt worden.

In Deutschland weigert sich der Vorstand der Deutschen Bahn AG, diesem Beispiel zu folgen. Dafür habe das milliardenschwere Nachfolgeunternehmen der Deutschen Reichsbahn kein Geld, heißt es in Berlin. Die Tafeln im Nürnberger Bahnmuseum müssten ausreichen. Bereits in zahlreichen Städten wurde diese unsensible und selbstgefällige Haltung kritisiert und hat sowohl in der Bundesrepublik als auch im Ausland zu Protesten geführt. Dem Protest haben sich inzwischen über 250 Persönlichkeiten und Organisationen angeschlossen. Seit mehr als einem Jahr werden Gesprächsangebote und Briefe seitens des Bahnvorstandes ignoriert.

Erst kürzlich, am 21.10.05, hat der Oberbürgermeister von Weimar seine Unterstützung für die Forderung nach der Ausstellung zugesagt und den Weimarer Hauptbahnhof als möglichen ersten Ausstellungsort vorgeschlagen. Anlass war die Auszeichnung des Weimarer Hauptbahnhofes als bester deutscher Bahnhof 2005 durch die Jury „Allianz pro Schiene“, die auch den Mannheimer Bahnhof dafür auszeichnete. Die Auswahlkriterien dafür sind unter anderem Sauberkeit, Toiletten, Kundeninformation, Ticketkauf etc. Ein Kriterium fehlt: Umgang mit Geschichte und Erinnerung.

Der Arbeitskreis Justiz unterstützt die Forderung gegenüber der Deutschen Bahn AG, die Ausstellung über die Deportation von 11000 Kindern auch in Mannheim und in den anderen historischen Durchgangsbahnhöfen zu zeigen.

Presseerklärung des Arbeitskreis Justiz Mannheim ■

Zug nach Auschwitz: Die niederländische Bahn erinnert an ihre Rolle in der NS-Zeit

„Früher fuhr hier der Zug nach Auschwitz. Wann wird die Welt weiser?“ Plakate mit dieser Aufschrift hängen in niederländischen Bahnhöfen. Sie erinnern an die umstrittene Rolle im Zweiten Weltkrieg. Damit sollen Reisende daran erinnert werden, dass Züge auch für Schreckliches benutzt werden können.

Von den 140.000 „Volljuden“ in den Niederlanden kamen 100.000 um. Sie wurden über das Durchgangslager Westerboork nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager gebracht. Allein vom Amsterdamer Bahnhof Muidenpoort wurden zwischen Oktober 1942 und Mai 1944 mehr als 10.000 Menschen depor-

tiert. Die Züge standen unter niederländischer Aufsicht und wurden von niederländischem Personal geführt. Aus Anlass der Plakataktion haben sich die Bahnen für ihre unrühmliche Rolle während des Krieges bei der jüdischen Gemeinschaft und den anderen betroffenen Gruppen entschuldigt.

Eine Geste jedenfalls, die die Nachfolger der Deutschen Reichsbahn immer noch nicht vollzogen haben.

Aus dem Infoblatt 2-2005 der Child Survivors Deutschland e.V. ■

Naziprovokation am 9. November

KÖLN. Für den 9. November 2006, den 67. Jahrestag der Reichspogromnacht, hatte der Kölner Neonazi Axel Reitz eine Demonstration gegen „einseitige Vergangenheitsbewältigung" angemeldet, die auch an der Kölner Synagoge vorbeiführen sollte – genau zu dem Zeitpunkt, wenn in der Synagoge das jährliche Gedenken an die Reichspogromnacht stattfindet. Die Polizei hat diesen Aufmarsch verboten, auch das Amtsgericht bestätigte dieses Verbot und Reitz verzichtete auf Revision.

Ein Bündnis verschiedener Gruppen (u.a. DGB, ver.di, Runder Tisch für Integration, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Grüne, VVN-BdA, Radikale Linke, Die Linke.PDS) rief dazu auf, sich am 9. November um 18.30 Uhr vor der Kölner Synagoge in der Roonstraße zu versammeln. Dort sprach der DGB-Regionsvorsitzende Wolfgang Uellenberg-van Dawen, bevor die öffentliche Gedenkfeier aus der Synagoge auf die Roonstraße übertragen wird.

Eine Demonstration, organisiert von verschiedenen Hochschulgruppen, ging von der Universität aus zur Synagoge, eine zweite begann am Offenbach, wo vor 1938 die zentrale Synagoge stand und endete ebenfalls in der Nähe der Synagoge Roonstraße. So waren es insgesamt etwa 600 Menschen, die ein Zeichen gegen den Antisemitismus, gegen

die Leugnung des Holocaust setzten und ihre Solidarität mit den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bekundeten.

ub ■

Neonazi-Konzert mit Mannheimer Band

ODENWALD. Am Samstagabend, den 5.11., fand in Mitlechtern (Odenwald) ein als Verlobungsfeier getarntes Neonazi-Konzert statt. Knapp 50 Neonazis waren gekommen, um sich im Vereinsheim am Sportplatz die Bands „Blutschuld", „Rachezug", „Aufbruch" und „Aryan Voice" (auf Deutsch: „Arische Stimme") anzuhören. Für die Veranstaltung war erst am Tag vorher mobilisiert worden, wer das Konzert besuchen wollte, musste zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort in Heppenheim erscheinen, dort gab es dann weitere Informationen zu dem eigentlichen Veranstaltungsort. So kam es auch, dass erst gegen 23 Uhr Einsatzkräfte der Polizei vor Ort waren. Der von der Polizei informierte Vereinsvorstand nahm dann kurz die Veranstaltung in Augenschein, sah aber keine rechtliche Handhabe, den Mietvertrag vorzeitig zu kündigen, obwohl es sich bei den Anwesenden sehr offensichtlich um Neonazi-Skinheads handelte. Auch die Polizei sah keine Veranlassung, das Konzert aufzulösen, hatte jedoch im Laufe des Abends zunächst Personenkontrollen in Bensheim, dann in Heppenheim eingerichtet.

Die Halle war von einem unauffällig aussehenden Mann für eine „Verlobungsfeier mit Livemusik" angemietet worden. Mit dieser Masche ist es schon mehrfach gelungen, derartige Konzerte durchzuführen, so Anfang des Jahres in den ehemaligen Räumlichkeiten eines Rockerclubs in Mannheim. Überhaupt ist zu beobachten, dass sich der Südwesten bzw. das Rhein-Neckar-Gebiet zu einer Hochburg von Neonazi-Konzerten entwickelt hat: So fanden in diesem Jahr bereits weit über ein Dutzend Konzerte statt, erst letztes Wochenende hatten über 250 Neonazis in einem Mannheimer Vorort mit einem Konzert den Geburtstag eines Ludwigshafener „Kameraden" gefeiert. Die in Mitlechtern auftretende Neonazi-Band „Aufbruch" kommt ebenfalls aus Mannheim und ist einschlägig bekannt.

Auch im Odenwald und an der Bergstraße suchen Leute aus dem Umfeld der lokalen Kameradschaftsszene immer wieder „Räumlichkeiten" für Konzerte. Daher empfiehlt sich u.a. bei einer Veranstaltung mit Live-Musik vorher zu klären, welche Bands spielen sollen – in diesem Fall hätten bereits die Namen skeptisch gemacht, eine Rückfrage bei der Polizei ein Übriges geklärt. Eine weitere Maßnahme, sich als Vermieter gegen derartige Veranstaltungen zu schützen, ist eine Klausel im Mietvertrag, die dem Vermieter ein sofort wirksames Kündigungsrecht einräumt, wenn die Veranstaltung oder private Feier dazu genützt wird, rechtsradikales Gedankengut zu verbreiten, Musik mit entsprechendem Inhalt abzuspielen oder live zu spielen.

Man kann auch einen entsprechenden Verhaltenskodex in Form einer Hausordnung erlassen und diese zum Bestandteil eines Mietvertrags machen.

Tim Weber, Pressesprecher der Antifa Bensheim ■

„Workshop antifaschistische Praxis"

Samstag.& Sonntag 3.+4.12.2005 in Leverkusen
Veranstalter: Kommission „Neofaschismus" der VVN-BdA NRW

Dieses Seminar versucht, Strategie, Taktik und Arbeitswerkzeuge antifaschistischer Arbeit zu verbinden und ist deshalb auch und gerade für Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger geeignet.

Der Samstag steht im Zeichen der Kampagnenentwicklung an zwei Beispielen: Vor Mittag wird eine Strategie entworfen, wie gegen das völkische Treiben der Vertriebenenverbände mobilisiert werden kann. Am Nachmittag planen wir eine Kampagne für einen neuen Anlauf zu einem Verbot und der Auflösung der NPD.

Am Sonntag lernen wir etwas über die Instrumente antifaschistischer Praxis. In drei Lernschritten geht es um den Aufbau eines Flugblatts/einer Publikation, die Fallstricke möglicher Gegenklagen, die Fragen des Impressums, die Probleme beim Anmelden eigener Infostände, eigener Kundgebungen und/oder Demonstrationen usw.

Anreise bis 10.15 Uhr, Beginn 10.30 Uhr, Ende Sonntag 15.00 Uhr.

Kosten für Übernachtung, Frühstück und zwei Mittagessen 30 Euro/bzw. 25 Euro für Nicht- oder Geringverdiener. Bitte bei der Anmeldung mitteilen, ob vegetarisches Essen gewünscht wird. Anreise auch Freitagabend – geringer Preisaufschlag – möglich. Interesse?

Bitte anmelden beim Landesverband der VVN-BdA NRW, Gathestr. 55, 42107 Wuppertal bzw.
vvn-bdanrw@freenet.de ■

Prozess gegen Zündel begann mit Eklat

MANNHEIM. Im Prozess gegen den Holocaust-Leugner Ernst Zündel entband der Vorsitzende Richter Ulrich Meinerzhagen am Dienstag in Mannheim Rechtsanwältin Sylvia Stolz von der Pflichtverteidigung. Zuvor musste bereits der Neonazi Horst Mahler die Verteidigerbank verlassen.

Der Jurist Mahler war zwischenzeitlich Mitglied der neofaschistischen NPD und hatte die Partei unter anderem im Verbotsverfahren als Anwalt vertreten. Im letzten Jahr wurde gegen ihn ein gerichtliches Berufsverbot verhängt. Dennoch wollte Mahler als „Assistenz" der Pflichtverteidigerin am Prozess teilnehmen. Der Aufforderung, im Zuschauerraum Platz zu nehmen, folgte er erst, als seine zwangsweise Abführung durch Sicherheitsbeamte bevorstand. Stolz wurde als Pflichtverteidigerin entbunden, weil mit ihr ein zügiges Verfahren nicht zu gewährleisten sei. „Sie stachelt selbst zum Hass gegen Juden auf", sagte Meinerzhagen. So habe sie Juden zum Beispiel als „Feindvolk" bezeichnet.

Zündel steht wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vor Gericht. Der 66-Jährige, der seit März diesen Jahres in Untersuchungshaft sitzt, hat laut Anklage „als der aktivste" Holocaust-Leugner von Kanada und den USA aus seine antisemitische Propaganda verbreitet. Zündel stammt aus Baden-Württemberg und war 1958 nach Kanada ausgewandert. Dort wurde er 2003 verhaftet und schließlich im Februar 2005 nach Deutschland ausgewiesen.

Quelle: Junge Welt, 9.11.2005 ■

Rabehl in der „Gedenkbibliothek"

BERLIN. Prof. Bernd Rabehl wird für den 22.11. als Referent in der Berliner „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus" angekündigt. In seinem Vortrag will er sich mit dem Thema „Ausnahme und Regel in der Verfassung der DDR" befassen. Die „Hans-Böckler-Stiftung" hatte den ehemaligen SDS-Aktivisten vor einigen Jahren wegen seines Rechtsdrifts entlassen. Mittlerweile tritt Rabehl ganz selbstverständlich auch bei der neofaschistischen NPD als Referent auf und gab dem NPD-Organ „Deutsche Stimme" ein Interview. Als Autor und Interviewpartner ist er auch gerne bei der „Jungen Freiheit" gesehen.

Beim „Institut für Staatspolitik" trat er wiederholt auf. Die „Gedenkbibliothek" wurde kürzlich Mitglied der „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V" (UOKG), die die Zeitschrift „Der Stacheldraht" herausgibt. *hma* ■

Kirche und Synagoge

Die Dresdner Frauenkirche sollte ein Mahnmal bleiben

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung erinnert aus Anlass der Einweihung der Dresdner Frauenkirche mit einer Volltext-Präsentation im Internet an die Entstehung der jüdischen Gemeinde in Dresden und an die Jahre der Erbauung der Semper-Synagoge zwischen 1838 und 1840, eines Kleinods, das in der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 in Flammen aufging. Die Frage, warum es in Dresden nun wieder eine Frauenkirche geben kann, dagegen die Semper'sche Synagoge nie wieder, wird das wiedererstandene Bauwerk begleiten.

Als 1938, genau hundert Jahre nach Baubeginn, die Dresdner Sempersynagoge in der Reichspogromnacht in Flammen aufging, verwendete man die Steine zum Straßenbau. Als im Februar 1945 die Frauenkirche zusammenstürzte, brachen die Deportationen Dresdner Juden in die Konzentrationslager ab – bis zum Beginn der Rekonstruktion vor 15 Jahren blieben die Steine unberührt.

Mit dem Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche soll nun ein Zeichen der Versöhnung und des Erinnerns gesetzt werden. Aus dem Zusammenspiel von neuester Technologie und Handwerkskunst ist ein erstaunliches Werk entstanden, in dem einige Initiatoren die Chance des „Tourismus" in den Mittelpunkt gestellt haben. Wichtiger wäre es, die Verantwortung für die Zukunft zu sehen, die nun, nach dem Wiederaufbau, über die schmerzhafte Verarbeitung von Krieg, Bombennacht und Tod in Dresden noch hinaus reicht.

Ins Zentrum rückt nun die Frage, inwiefern das Bauwerk nicht mehr für eine ‚triumphierende Kirche', für einen übertrumpfenden Protestantismus stehen kann, sondern als endgültige Absage an die Jahrhunderte lang tradierte, christliche Ideologie der Überlegenheit gegenüber Juden und Judentum interpretiert werden kann.

Im Jahr 2001, als die Neue Synagoge in Dresden geweiht wurde, hieß es in einer Pressenotiz der Dresdner jüdischen Gemeinde: „Der Neubau steht mit seinem archaischen Entwurf in Gegensatz zu einer barocken Stadt. Ein Widerspruch mit Absicht. Die moderne Architektur schließt nicht nahtlos an Sempers Ideen an, schmerzvolle Brüche in unserer Geschichte bleiben sichtbar."

Die Pracht der wiedererrichteten Kirche kann nicht ungeteilt erfreuen und überzeugen, wenn sie für die Fiktion einer ungebrochenen Schönheit stehen soll. Nur als Mahnmal, das sich der heutigen Dresdner Synagoge zuwendet, wird der Wiederaufbau die Bedeutung bekommen, die sich die weltweiten Unterstützer erhofft haben.

Wir erinnern daran, dass die Entstehung der jüdischen Gemeinde in Dresden in die Jahre nach 1726 fällt, in denen George Bähr die Frauenkirche errichtete.

In einem Werk aus dem Jahr 1885 unter dem Titel ‚Der polnische Resident Berend Lehmann, der Stammvater der israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden' hat Emil Lehmann, ein Nachfahr des Gemeindegründers, die leidensreiche Geschichte der zunächst wenigen Juden in der Stadt in diesen Jahren geschildert. Die etwa einhundert Juden, die für das Jahr 1734 in Dresden verbürgt sind, hatten ihre Existenz im Zeichen von Ausnahmerecht, Leibzoll und Judenfeindschaft zu verteidigen. In einer zweiten Schrift unter dem Titel ‚Ein Halbjahrhundert in der israelitischen Religionsgemeinschaft zu Dresden. Erlebtes und Erlesenes aus dem Jahr 1890' gibt Emil Lehmann einen Überblick über den Fortgang des Kampfs um bürgerliche Gleichstellung der Dresdner und sächsischen Juden im 19. Jahrhundert und schildert aus Akten und Dokumenten die Entstehung der im Jahr 1840 geweihten Synagoge.

Gottfried Semper, der in Hamburg geborene Baumeister, der über 15 Jahre in Dresden wirkte, zeichnete die Pläne für die Dresdner Synagoge im gleichen Jahr 1838, in dem er auch mit dem Bau des „Ersten Königlichen Hoftheaters" in Dresden, der Semperoper, begann. Mit der Berufung Sempers setzte die jüdische Gemeinde nicht nur ein Zeichen der Verbundenheit mit ihrer christlichen, insbesondere protestantischen Umwelt, sondern unterstützte damit auch die städtebauliche Ensemble-Tradition Dresdens.

Emil Lehmann selbst musste freilich erleben, dass ausgerechnet von seiner Heimatstadt Dresden und von Sachsen besonders massive Impulse der antisemitischen Bewegung in Deutschland ausgingen. Sie organisierte sich nach der Reichsgründung 1871 in christlich-theologisch inspirierten Parteien, die letztlich mit den gleichen antisemitischen Argumenten gegen Juden agitierte, mit denen schon der Mittelstand Dresdens um 1730 Berend Lehmann und die Dresdner Juden attackiert und deren anhaltende Entrechtung anvisiert hatten.

Es sollten schließlich jene Argumente werden, die auch dem Nationalsozialismus als Vorlage dienten und in den Völkermord an den europäischen Juden führten. *Dr. Jobst Paul, DISS Duisburg* ■

Koordinator des Forschungsprojekts Staat, Gesellschaft, Nation: Das jüdische Projekt der integrativen Gesellschaft im 19. Jahrhundert und seine Bedeutung für Gegenwart und Zukunft

Volltext-Fassungen (pdf) auf dem DISS-Server: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/kirche_und_synagoge.htm

Wahlen in Wien:

Erwartete Trends und böse Überraschungen

Die Wiener Gemeinderatswahlen ergaben – im Wesentlichen – die allgemein erwarteten Trends: (leichte) Stimmengewinne für SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ. Mit nach wie vor 15 Prozent für die offen fremdenfeindlich und rassistisch agierende FPÖ setzte es jedoch eine negative Bombenüberraschung.

Die Ursachen für die „ Beständigkeit“ der „Freiheitlichen“, die nach einer Serie von Wahlniederlagen von manchen schon für politisch tot erklärt wurden, sind kurz gefasst in folgenden Faktoren zu sehen:

■ Haiders BZÖ erweist sich immer mehr als das, was es ist: als abgehobenes Reißbrett-Konstrukt. Haider hatte mit seinem geschickt vorgetragenen Rechtspopulismus (also nicht bloß dem traditionellen Rechtsextremismus) die FPÖ auf 27 Prozent gepusht. Seit dem Regierungseintritt der FPÖ „(„Wende“kabinett Schwarz-Blau, jetzt Schwarz-Orange) geht es jedoch ständig bergab. Haider & Co. betrieben und betreiben quer zu allen populistischen Phrasen neoliberale Abbaupolitik und büßen ständig WählerInnen ein. Der „Rettungsversuch“, Abnabelung von den rechtsextremen Hardlinern und Schaffung des BZÖ, ging – mit Ausnahme von Kärnten, wo Haider Landeshauptmann blieb – daneben. In Wien kam das BZÖ auf ganze 1,2 Prozent.

■ In Österreich und speziell in Wien gibt es einen fremdenfeindlichen und rassistischen Bodensatz und der wird von der „alten“, blauen FPÖ und nicht vom konturlosen „orangen“ BZÖ angesprochen. Der jetzige FPÖ -“Führer“ Strache agiert wie ein Haider-Klon: noch dreister und dümmer („Stephansdom statt Moschee“, „Wien darf nicht Istanbul werden“, „Deutsch statt Nix verstehn“, ...) und erhielt trotz Verlusten von 5 Prozent erschreckende 15 Prozent der Stimmen. In den klassischen ArbeiterInnenbezirken Floridsdorf und Simmering gar an die 20 Prozent.

■ Dieser Bodensatz wird durch die neoliberale Offensive und die mit ihr ausgelöste Woge der – kollektiven wie individuellen – Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit beständig genährt. Der „Neoliberalismus light“ der Sozialdemokratie und der Grünen kann dem kaum etwas entgegensetzen.Wer dauernd soziale Kälte erfährt, greift nur allzuleicht nach den „Heimat“ vorgaukelnden rechtsextremen und rechtspopulistischen Identifikationsmustern.

Für die Linke heißt das Wiener Wahlergebnis hinsichtlich ganz rechts einmal mehr thematisch am Ball zu bleiben, klug und konkret vermittelte Alternativen aufzuzeigen. Alternativen, die sich nicht in Aufklärung und Ideologiekritik erschöpfen dürfen. „Radikalität“ im Marxschen Sinne ist angesagt – die Probleme dort anpacken, wo sie letztlich herrühren: also die Profitlogik ins Visier zu nehmen, die alles zur Ware machen will und damit auch das Bedürfnis für reaktionäre Seelen-Wärmer schafft.

Hermann Dworczak ■

Burschenschaft Germania Hamburg driftet weiter nach rechts

Die berüchtigte Burschenschaft aus der Sierichstr. 23 lässt scheinbar jegliche Hemmungen fallen und nähert sich den Kreisen von NPD und Freien Kameradschaften (FK) immer mehr an.

Als im Sommer das bedeutendste Internet-Forum der FK, der „Freie Widerstand“, von AntifaschistInnen gehackt wurde, kam heraus, dass hier gleich mehrere Alte Herren aus der Germania chatten und zum Beispiel unter dem Schlachtruf „Riga ruft“ eine gemeinsame Reise organisierten. Auch für neofaschistische Veranstaltungen im Haus der Burschenschaft und um potentielle Mitglieder wird zunehmend in eindeutigen Zeitschriften geworben. Nicht nur in „Nation und Europa“ oder der neurechten „Jungen Freiheit“, sondern inzwischen auch in dem SS-Blättchen „Der Freiwillige“ und in Jürgen Riegers „Nordische(r) Zeitung“.

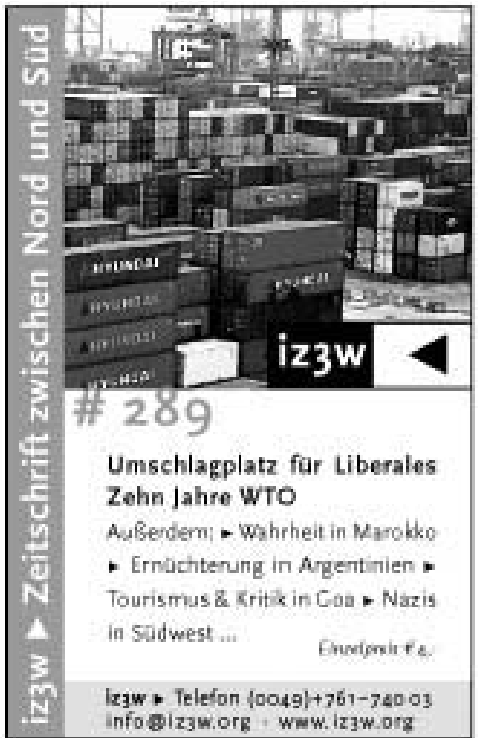
Schon im Jahre 2000 empfahl die NPD „national gesinnten Studenten“ die Burschenschaft Germania Hamburg. Und die Germania antwortete wohlwollend interessierten NPD-Sympatisanten auf Aufnahmegesuche.

Dieses Jahr wandte sich nun ihr Dachverband Deutsche Burschenschaft in einer Presse-Mitteilung gegen eine von ihr sogenannte „NPD-Sondergesetzgebung“. Es wird ein uneingeschränktes Recht auf faschistische Hetze und Aufmärsche gefordert und ein weiteres Mal die ideologische Nähe zur NPD gesucht.

Gegen diese Entwicklung und konkret gegen eine Veranstaltung in der Sieriechstraße mit dem ehemaligen SDS-Funktionär und jetzigem NPD-Berater Prof. Bernd Rabehl richtete sich am 10.11.2005 eine Kundgebung, zu der der ASTA der Uni Hamburg und „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ aufgerufen hatten. Ca 100 Personen protestierten lautstark, auf Distanz gehalten durch das übliche Polizeiaufgebot.

Sie erinnerten auch daran, dass just in der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 die Synagogen in Deutschland brannten und die Deutsche Burschenschaft maßgeblichen Anteil am Antisemitismus hatte, sie erklärte schon 1920, dass kein „Jude oder Judenstämmling“ mehr Mitglied in der Deutschen Burschenschaft werden konnte.

erk ■



Gott hat einen neuen Parteichef gewählt

Erzkonservative „Partei Bibeltreuer Christen“ will „professioneller“ und „fröhlicher“ agieren

von Thomas Klaus

Viel vorgenommen hat sich der neue Bundesvorsitzende der Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC) mit Sitz in Karlsruhe. Dr. Walter Weiblen, ein ehemaliger DaimlerChrysler-Manager, will die Arbeit seiner gottesfürchtigen Truppe professionalisieren. Und er will aus der PBC eine Art Sperrspitze unter den christlich-fundamentalistischen Organisationen machen. Für manche Menschen verheißt das allerdings nichts Gutes.

Dr. Walter Weiblen ist auch Leiter der PBC in Baden-Württemberg und somit Chef des mitgliederstärksten Landesverbandes: Von den offiziell 5.400 Mitgliedern stellt das Schwaben-Ländle 1.600 Personen. Weiblens Stellvertreter sind Dieter Steffen aus Utenbach in Sachsen-Anhalt und Baldwin Schneider aus dem bayerischen Fürth. Als Generalsekretärin fungiert Elfriede Dommert aus Niedereschach in Baden-Württemberg. Für die Finanzen ist Bundesschatzmeister Ole Steffes (Dresden) zuständig.

Auf dem jüngsten Bundesparteitag in Kirchheim wurde Weiblen, ein 50-jähriger Ingenieur und Unternehmensberater, zum Nachfolger des PBC-Gründers und seitherigen Bundesvorsitzenden Gerhard Heinzmann gewählt. Der hatte aus Altersgründen nicht mehr kandidiert, wurde aber von den 160 Delegierten zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gekürt – mit Sitz und Stimme im Bundesvorstand.

Homosexualität – eine „Greuelsünde“

Während des Parteitages schilderte Pastor Heinzmann, ehemaliger Leiter der „Internationalen Zigeunermission“, ein weiteres Mal die angebliche Vorgeschichte der PBC-Gründung. Zu der war es vor 16 Jahren gekommen. Im Sommer 1989 habe er „ein deutliches Reden Gottes“ vernommen, wonach eine Partei mit Gottes Wort als Grundlage formiert werden solle. In einem Parteitagsbericht des Bundesvorstandes wird behauptet: „Gerhard hielt dies zunächst für sich. Erst Ende September 1989 gab Gott grünes Licht, um darüber öffentlich zu sprechen.“ Wohl nicht zuletzt aufgrund solcher Darstellungen lastet die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) der PBC „eine Form religiösen Größenwahns“ an – ein Wahn, der etwa für Homosexuelle ungemütlich werden kann.

So sammelte die Partei Ende der neunziger Jahre bundesweit Unterschriften gegen die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Herta Leistner und Eduard Stapel. Die Beiden hatten sich unter dem Dach der Evangelischen Kirche gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen stark gemacht. Dadurch sei „der Unmoral in unserem Volk Vorschub“ geleistet und „dem Zerfall der moralischen Werte ein neuer Auftrieb“ gegeben worden, schimpfte die PBC. Und die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferates im nordrhein-westfälischen Sozialministerium war der Partei einen Offenen Brief an den damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau wert. Homosexualität, heißt es darin, sei eine „Greuelsünde“. Die Teilnehmer von Schwulen- und Lesbenparaden wollten „in ihrem Geist der Rebellion Gottes Ordnung pervertieren und umkehren“, Rau habe sich zum „Steigbügelhalter“ für „Gottesfeinde und Christushasser“ gemacht.

Doch in ihrem Programm und in ihrem konkreten Handeln nimmt die PBC nicht nur Homosexuelle in die Zange. Als Schritte gegen die „Innenweltvergiftung der Menschen unseres Landes“ (O-Ton Gerhard Heinzmann) verlangt die PBC in ihrem 2000 verabschiedeten Grundsatzprogramm unter anderem, die Ehescheidung müsse erschwert und für unverheiratete junge Frauen ein Soziales Jahr eingeführt werden. Apropos „Frauen“ – Im Grundsatzprogramm von 1990 heißt es noch: „Mutter zu sein, muss das Erstrebenswerteste für eine Ehefrau werden und in allen Bereichen volle Anerkennung finden.“ Mittlerweile drückt sich die PBC hier moderater aus. Sie plädiert nunmehr dafür, dass ein Beruf der Mutter und Hausfrau geschaffen und anerkannt werde – inklusive Bezahlung.

Nach Auffassung der Partei sollten die „antigöttlichen Praktiken“ Astrologie, Wahrsagerei und Horoskope in allen Schulen und Bildungseinrichtungen verboten werden; im Grundsatzprogramm von 1990 waren noch die öffentlichen Medien im Visier. Prostitution müsse scharf überwacht und Pornographie ebenso wie „gotteslästerliches“ Schrifttum illegal sein, so das PBC-Grundsatzprogramm. „Kuppelei“ und Homosexualität mit Jugendlichen sollten wieder strafbar sein. Außerdem müssten Schulgebete eingeführt werden und der schulische Unterricht durch Bibelunterweisungen für sämtliche Schüler gekennzeichnet sein.

Ausländerzahl soll begrenzt werden

In einem von Gerhard Heinzmann und Dr. Walter Weiblen verantworteten Flugblatt zur Bundestagswahl 2005 wird ergänzt: „Bis zum Beweis des Gegenteils wollen wir in Bildungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft biblische Aussagen zu allen Lebensbereichen, insbesondere zum Menschenbild und zur Schöpfung, gleichrangig neben anderen weltanschaulichen Deutungen vermittelt sehen.“ Das bedeutet also, dass die Schöpfungslehre der Bibel eingeklagt wird. Demnach hat Gott allein die Erde geschaffen; die Tier- und Pflanzenarten haben sich seitdem nicht verändert.

In den Strafanstalten sind regelmäßige Bibelarbeiten aus PBC-Sicht ebenfalls ein Ding der Notwendigkeit, und zwar für alle Insassen. Das sei nämlich „das beste Mittel zur Resozialisierung der Straftäter und ihrer Vorbereitung auf die Entlassung.“ Besagtes Flugblatt aus dem Jahre 2005 benennt noch andere Forderungen der Partei, so die „Begrenzung der weiteren Zuwanderung“ von Ausländern und ihre „freiwillige Rückkehr in die Heimatländer“.

In einem Flugblatt des PBC-Bundesvorstandes mit dem Titel „Nie wieder Krieg“ aus dem Jahre 1995 wird auf den Punkt gebracht, was Deutschland aus Parteisicht dem Verderben näher bringt: „Unzucht, Habsucht, Egoismus und Selbstverwirklichung, Feminismus, Pornographie, die Propagierung von Okkultismus, Gewalt und Homosexualität spotten der Heiligkeit Gottes.“

Ein Schwerpunktthema der „Partei Bibeltreuer Christen“ ist die Abtreibung. Man darf es wohl als „Verharmlosung des Holocaust“ betrachten, wenn die PBC immer wieder Abtreibung mit dem Massenmord an den Juden und anderen Menschen unter der Naziherrschaft in Deutschland gleichsetzt. Hierfür nur ein Beispiel aus der kommunalpolitischen Arbeit der PBC in Lörrach. Am 9. November 1994 hielt der dortige Ortsverband eine Mahnwache in der Synagogengasse ab. Anlass war der Jahrestag der so genannten Reichskristallnacht 1939. Doch in den Mittelpunkt seiner Rede stellte der PBC-Kreisvorsitzende Manfred Müller die Abtreibung. Wörtlich sagte er unter anderem: „Der Holocaust an den Kindern ist in vollem Gange. (...) Früher die Juden – entrechtet und wehrlos: ‚Untermenschen‘. Heute die noch Ungeborenen – ebenfalls rechtlose, wehrlose Geschöpfe: ‚Noch-nicht-Menschen‘. (...)“ Müller erklärte, er wolle und könne den millionenfachen Mord an den Juden nicht verharmlosen. Jedoch: „Wer heute dem Töten von Ungeborenen tatenlos zusieht, wer hier und heute schweigt, macht sich *zumindest ebenso* schuldig.“ (Kursive Kennzeichnung vom Autor, Anmerkung der Redaktion) Elf Jahre später hat sich an dieser Position der Kleinpartei grundsätzlich nichts geändert. Gefordert werden ein Abtreibungsverbot und vereinfachte Adoptionsverfahren.

Die „dämonische Macht“ des Islam brechen

Die PBC müsse ihr kommunalpolitisches

Engagement weiter ausbauen und eine „fröhliche Partei“ werden. So hatte es Walter Weiblen während des Bundesparteitages in Kirchheim gefordert. Auftrieb gibt ihm das Ergebnis der Bundestagswahl 2005, bei der immerhin 108.000 Menschen und somit 7.000 mehr als bei der Bundestagswahl 2002 für die PBC votiert hatten.

Darüber hinaus tritt der neue Bundesvorsitzende vehement für eine intensivere Zusammenarbeit mit „evangelikalen Fachverbänden“ ein, die spezielle Positionen beispielsweise zu familienpolitischen Themen erarbeiten. Ferner solle die Kooperation mit anderen christlichen Parteien gesucht werden. Damit dürfte in erster Linie die im August 1988 gegründete „Christliche Mitte“ (CM) gemeint sein, die angeblich über 18.000 Mitglieder verfügt. Allerdings ist das Verhältnis zurzeit noch eher gespannt – wohl aufgrund persönlicher Animositäten.

Zwischen PBC und CM bestehen zahlreiche inhaltliche Übereinstimmungen, obwohl die CM etwa in punkto Abtreibung und Homosexualität („Homosexuelle sind Neurotiker und Sklaven pervertierter Sexzucht“) noch radikaler formuliert. In ultrarechten Kreisen ist die CM-Vorsitzende Adelgunde Mertensacker vor allem populär geworden, weil sie sich leidenschaftlich gegen eine „islamistische Unterwanderung“ Deutschlands ins Zeug legt. Ein friedliches Miteinander zwischen christlich und islamistisch glaubenden Menschen kann es aus ihrer Sicht nicht geben, „da der Götze Allah und der wahre Gott der Christen so wenig gemeinsam haben wie die Finsternis mit dem Licht“. Die Pianistin und ehemalige Professorin Mertensacker, deren Partei beispielsweise auch gegen die Wehrmachtsausstellung („Schandausstellung“) Sturm gelaufen war, hält den Islam für „die Offenbarungsreligion Satans“. Folgerichtig ließ sie sich zur Präsidentin der „Internationalen Widerstandsbewegung Antiislam“ wählen.

Was die Islam-Frage betrifft, so sind sich CM und PBC prinzipiell einig. Eine klare Frontstellung gegen den Islam kommt zum Beispiel in dem aktuellen PBC-Flugblatt „Jesus oder Muhammad? Islam oder Christentum?“ zum Ausdruck. Dort ist von der „dämonischen Macht des Islam“ die Rede, die gebrochen werden müsse. „Muslime sind eigentlich zu bedauern“, schreiben die Autoren: „Sie sind wie Kinder ohne Eltern, denen die Liebe und die Zuneigung des Vaters fehlen.“ Die PBC-Schlussfolgerung lautet: „Statt gemeinsam mit Muslimen zu beten, sollten Christen für Muslime beten, dass diese zur Erkenntnis der Wahrheit kommen und Jesus Christus als alleinigen Herrn und Erlöser erleben!“

Die PBC-Mitglieder wollen übrigens auch die Juden missionieren und „bekehren“. Das PBC-Engagement gegen Antisemitismus mag auf den ersten Blick sympathisch klingen. Auf den zweiten zeigt sich jedoch der Hintergrund: Die PBC meint nämlich, dass sich nach der Wiedererrichtung Israels durch Gott ein letzter Kampf zwischen diesem und dem Teufel ergibt. Während dieses Kampfes müsse Gott unterstützt werden, bis sich am Ende ganz Israel zu Jesus Christus bekennen werde. Der Schlusspunkt werde mit der Vernichtung des Teufels und der Errichtung eines Gottesreiches gesetzt.

Welche Positionen der PBC sich der rheinland-pfälzische CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Peter Enders zu Eigen gemacht hat und welche nicht, das blieb bisher im Dunkeln. Fest steht: Der Parlamentarier empfing Ende 2004 den PCB-Landesvorsitzenden Michael Kein sowie seine beiden Stellvertreter Gabriele Nicklis und Michael Heinzmann. ■

Wo steht die Hamburger NPD?

Versuch einer Einschätzung

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005 bekam die NPD in Hamburg 1,0 % der Zweitstimmen und 1,1 % der Erststimmen. In Zahlen heißt das, dass ca. 10.000 HamburgerInnen faschistisch wählten. Bundesweit schnitt die älteste neofaschistische Partei hier nach Nordrhein-Westfalen am schlechtesten ab, der bundesweite Durchschnitt lag bei 1,6% Zweit- und 1,8 % der Erststimmen. „Wir haben auf Bundesebene das beste Wahlergebnis der NPD seit 1969 erzielt“ erklärte die NPD nach der Wahl euphorisch auf ihrer Homepage. In Hamburg kam die NPD (bzw. die NPD-Tarnliste Hamburger Liste für Ausländerstopp HLA) zuletzt 1969 bei Bundestagswahlen über 1 % (4,9%) und 1974 bei Bürgerschaftswahlen (2,7%)

Auf den ersten Blick mögen diese Zahlen beruhigen, eine tiefergehende Analyse zeigt jedoch den Bedeutungszuwachs der NPD auch in Hamburg und lässt für die Zukunft eine Stärkung des Hamburger Landesverbandes, sowie zunehmende WählerInnenstimmen erwarten. Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2002 konnte sich die Hamburger NPD von 0,2 % auf das fünffache verbessern (die diesmal nicht kandidierenden REP bekamen 2002 0,1 %, die rechtspopulistische Schillpartei 4,2 %) und bekäme nicht nur aktuell Wahlkampfkostenerstattung (2005 bundesweit rund 1 Mio. Euro), sondern auch bei den nächsten Bürgerschaftswahlen, wo die Grenze bei 0,5 % liegt. Damit ist die NPD auch in Hamburg aus dem Koma der Bedeutungslosigkeit in den 80er und 90er Jahren erwacht. Allerdings konnte der Landesverband bisher nicht an die Erfolge neofaschistischer Parteien in den 90er Jahren anknüpfen als, befördert durch rassistische Hetze auch durch bürgerliche Parteien und Medien, die DVU mit 4,97 % bei der Bürgerschaftswahl 1997 knapp den Einzug in das Parlament verpasste. Die Republikaner bekamen 1997 1,9 % der Stimmen, die NPD 0,1 % und der extremrechte Bund freier Bürger (BFB) 1,3 %, das heißt insgesamt 8,2 % der HamburgerInnen stimmten damals für Rechtsaußen.

Bündnisstrategie der Hamburger NPD – 2005 nur teilweise umgesetzt

In Hamburg war die NPD die einzige neofaschistische Partei, welche für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2005 kandidierte. Die DVU verzichtete gemäß dem „Deutschlandpakt“ vom 15.1.2005 zwischen dem Bundesvorsitzenden der NPD Udo Voigt und dem Parteivorsitzenden der DVU Gerhard Frey auf eine eigene Kandidatur. Schon eine Woche zuvor wurde aus Kreisen der Hamburger REP das sogenannte „Hamburger Signal“ initiiert, indem diese dazu aufriefen, den „Bruderkampf“ einzustellen und sich dem Deutschlandpakt anzuschließen. Der Landesverband wechselte fast geschlossen zur NPD und der ehemalige Landesvorsitzende Thomas Nissen erklärte, „dass die nationalen Kräfte Deutschlands endlich zur Vernunft gekommen sind“ und rief alle Republikaner zur Unterzeichnung des Signals auf, „um so die Bundesführung zu zwingen, den einzig richtigen Weg einzuschlagen.“

Protest gegen Naziaufmarsch in Hamburg April 2004

Gemäß dem Deutschlandpakt öffnete die NPD ihre Landesliste für die Kandidatur von DVU-Mitgliedern und ehemaligen

Republikanern, dieses wurde jedoch nicht umgesetzt, auch aus den Reihen der „Freien Nationalisten“ wurde niemand auf die Landesliste der NPD gewählt. Allerdings behauptete die NPD in einer Pressemitteilung, ehemalige Mitglieder der Schill-Partei hätten auf der Hamburger NPD-Liste kandidiert. Der 76-jährige Landesvorsitzende der NPD-Hamburg Ulrich Harder konnte sich bisher gegenüber Nissen durchsetzen und gilt auch als Kritiker der Öffnung der Partei für Neonazis aus dem Personen-Kreis um Thomas Wulff. Der bundesweit führende „Freie Nationalist“ aus dem Hamburger Umland war Ende 2004 demonstrativ in die NPD eingetreten, ist kooptiertes Mitglied des Bundesvorstandes und bewirkte, dass insbesondere jüngere Neonazis in den Hamburger Landesverband eintraten. Einige Kreisvorsitzende der NPD, so z. B. der Harburger Martin Dembowsky stehen der Zusammenarbeit mit diesen offen gegenüber.

Die Kandidaten und der Wahlkampf

Ein deutliches Zeichen zur weiteren Zusammenarbeit mit den neonazistischen Freien Kameradschaften war die Nominierung des Rechtsanwalts Jürgen Rieger auf Platz 1 der Landesliste. Rieger ist zwar parteiungebunden, hat aber lange Kontakte zur NPD, schon Ende der 70er referierte er bei der NPD über die Deutschen „als sterbendes Volk“. Darüber hinaus genießt der Multifunktionär bundesweit großes Ansehen in der militanten Naziszene, u.a. durch die von ihm organisierten „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“, als Rechtsanwalt für Neonazis, als Betreiber des Nazizentrums in Dörveden/Niedersachsen und Besitzer weiterer Immobilien, sowie als guter Organisator mit vielfältigen Verbindungen

in die Alt- und Neonaziszene im In- und Ausland. Die Nominierung Riegers zusätzlich als Direktkandidat in Rostock scheiterte übrigens an der Unfähigkeit der dortigen NPD.

Ulrich Harder, ehemaliger Wehrmachtssoldat seit 1982 Vorsitzender der HLA und seit 1994 Vorsitzender der Hamburger NPD kandidierte auf Platz 3, sowie für den Bezirk Hamburg-Mitte.

Neben der NPD-Getreuen Karin Werner und Peter Schäfer-Hansen, Vertriebener aus Breslau und schon 1982 Kandidat für die HLA, ist es dem Hamburger Landesverband gelungen, ein deutlich verjüngtes Team als KandidatInnen zu präsentieren. Mit Jan Zimmermann (geb. 1977) und Anja Zysk (geb. 1971) kandidierten zudem gleich zwei Studierende zur Bundestagswahl und sollen damit auch eine Intellektualisierung der NPD symbolisieren. Zysk, welche neben ihrem Foto die Werte „Heimatliebe, Patriotismus und Brauchtum“ als besonders wichtig präsentiert und eine „Alternative zur Politik der kapitalshörigen Systemparteien“ wünscht, wurde von ehemaligen KommilitonInnen für eher links gehalten und steht für den national-revolutionären Flügel der NPD. Während ihrer Kandidatur für den Wahlkreis Altona war sie Referendarin einer Berufsschule, sie wurde nicht als Lehrerin übernommen.

Ein weiterer Kandidat, der bürgerliche Seriosität ausstrahlen sollen, ist der Angestellte Martin Dembowsky, welcher neben seinem Foto stolz ein Magister Artium präsentiert und sich im Wahlkreis Hamburg-Bergedorf besonders für die Interessen der kleinen Leute, wie Arbeitnehmer, Arbeitslose sowie klein- und mittelständische Unternehmen verdient machen will. Er ist im Landesvorstand der NPD Hamburg. Hinter der bürgerlichen Fassade des Geisteswissenschaftlers verbirgt sich eine langjährige neofaschistische Karriere, welche er als Funktionär der Republikaner in Marburg begann.

Auch der studierte Orientalist Dr. Karl-Heinz Goebel, derzeit Außenhandelsfachmann, sollte in Wandsbek Seriosität der NPD ausstrahlen, seine Hetze gegen „Asylanten“ und Ausländer und Propagierung „einer gesunden Volksgemeinschaft“ offenbaren jedoch schnell den überzeugten Neofaschisten. Mit Volkhard Feyand (geb.1972) kandidierte ein Nicht-Akademiker für die junge Generation der ältesten neofaschistischen Partei Deutschlands. Anders als in Sachsen, wo viele Kandidaten der NPD tatsächlich aus der „Mitte der Gesellschaft“ kamen und vor Ort verwurzelt sind, haben die neuen Kandidaten der Hamburger NPD jedoch keine örtlichen Bindungen und sind erst in den letzten 2 Jahren hierher gezogen.

Im Laufe des Jahres gab es von den Kreisverbänden Wandsbek, hier mit Unterstützung der Nazi- und Skinheadszene aus Bramfeld; in Harburg, auch hier mit Unterstützung der örtlichen Freien Nationalisten, sowie in Altona und Nord regelmäßige Versammlungen, Propagandatätigkeiten, sowie in Harburg massive Störungen von linken Veranstaltungen (z.b. WASG), Übergriffe und Provokationen. Bei der Auftakt-Veranstaltung zur Bundestagswahl der Hamburger NPD kamen nach eigenen Angaben weit über 100 Zuhörer zusammen, um dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt zu lauschen. (Der VS gibt die Mitgliederzahl der NPD mit ca.100 an) Der Geldregen des DVU-Millionärs Frey für den Wahlkampf des Deutschland-Paktes blieb anscheinend aus, die HamburgerInnen wurden dieses Jahr von faschistischer Propaganda per Post verschont. Auch die NPD verteilte ihr Geld im Wahlkampf vornehmlich an potentiell Erfolg versprechende Landesverbände in den östlichen Bundesländern. Trotzdem konnte der Hamburger Landesverband der NPD einen Wahlkampf führen wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. In verschiedenen Stadtteilen u.a. Wandsbek, Harburg und Eidelstedt wurden teilweise wöchentlich Büchertische durchgeführt. Dabei konnte die NPD zeitweilig nicht nur auf die Teile der Freien Nationalisten zählen, welche ihnen traditionell wohlgesonnen, sondern auch auf Kritiker des Wulff’schen Bündnis-Kurses. Höhepunkt des Wahlkampfes in Hamburg war eine Kundgebung auf dem Gänsemarkt von ca. 70 Neofaschisten, wo unter tosendem Lärm von AntifaschistInnen Spitzenkandidat Jürgen Rieger und Thomas Wulff sprachen.

Versuch einer Bilanz

Mit der NPD geht es in Hamburg also bergauf, sie ist die entscheidende Kraft im neofaschistischen Lager in Hamburg geworden. Auch hier konnte sie von dem Aufschwung der NPD nach den spektakulären Erfolgen in Sachsen profitieren. Der Hamburger VS schreibt: „Das Abschneiden der NPD kann durchaus als Signal verstanden werden, dass Rechtsextremisten bei den nächsten Landtagswahlen wieder und noch deutlicher gestärkt werden können.“ Die NPD hat sich auch in Hamburg deutlich verjüngen können und ist weiterhin attraktiv für jüngere WählerInnen, MitläuferInnen und potentielle Mitglieder. Durch die Öffnung hin zu den Freien Kameradschaften hat sich die Partei radikalisiert, der „Kampf um die Straße“ spielt auch in Hamburg für die NPD eine zunehmende Rolle. Die Teilnahme an Nazi-Aufmärschen nicht nur einzelner Mitglieder, sondern erkennbar als Partei, wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Damals war die Partei eine Versammlung alter Männer, die eingeschüchtert in Hinterzimmern tagten. Eine Machtübernahme der jüngeren, stärker an den Freien Nationalisten orientierten Fraktion ist nicht ausgeschlossen. Auch eine Intellektualisierung der Partei wird in Hamburg

augenscheinlich betrieben. Inhaltlich und organisatorisch nähert sich beispielsweise die Burschenschaft Germania Hamburg, nachdem das neurechte Konzept der Eroberung der „Kulturellen Hegemonie“ weitgehend verlassen wurde, der NPD an. Spätestens wenn Pöstchen in der Bürgerschaft locken würden, könnten auch Korporierte in die NPD-Hamburg eintreten oder gar Funktionäre werden, bisher werden diese Schritte der akademischen Karriere wegen noch streng vermieden. Die bundesweite Entwicklung und speziell die in Sachsen zeigen, dass nichts unmöglich ist. Ein von vielen Beobachtern befürchteter Einzug der NPD in den Schweriner Landtag bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2006 würde sicher auch die Hamburger NPD beflügeln, zumal dann mit Thomas Wulff ein in Hamburg einflussreicher Neofaschist im Landtag sitzen würde.

Allerdings ist der Deutschland-Pakt bundesweit und auch in Hamburg nicht spannungsfrei: Die DVU und ehemalige REP sind im Bündnis bisher unterrepräsentiert, dies werden sie sich wohl auf Dauer nicht gefallen lassen. Zumal laut Absprache im Pakt Anfang 2008 die DVU zur Hamburger Bürgerschaft kandidiert, NPDler und Freie Nationalisten sind auf Wohlwollen angewiesen, um aussichtsreich platziert zu werden. DVU-Chef Frey macht jedoch aus seiner Aversion gegen die militanten Neonazis wie Thorsten Heise im NPD-Bundesvorstand keinen Hehl: „Wir haben damit nichts zu tun“. Von Seiten der nicht in der NPD aufgegangenen Freien Nationalisten gibt es ebenfalls Druck auf den Deutschland-Pakt. Christian Worch lästerte nach der Wahl, Thomas Wulff hätte sich früher als „Nationalsozialist“ bezeichnet und jetzt sei er scharf darauf, „seinen Namen mit dem Kürzel MdL zu schmücken“. Auch innerhalb der NPD reißt Kritik am legalistischen, nur auf Stimmen zielenden Kurs, sowie an Bereicherung und Gemauschel nicht ab. Die neuesten Spitzelvorwürfe und Machtkämpfe an der Spitze um Pöstchen und Einfluss tun ihr Übriges.

Für Entwarnung gibt es jedoch keinen Anlass, der wesentliche Teil des neofaschistischen Potentials wird sich wahrscheinlich bis zur Bürgerschaftswahl Anfang 2008 zusammen raufen und entsprechend kompromissbereit sein. Die vergangene Bundestagswahl war geprägt von einem Kopf-an-Kopf-Rennen der großen Parteien zu Lasten der kleineren, dies wird 2008 eine geringere Rolle spielen. Der Verdruss über eine stagnierende große Koalition und über Zugeständnisse der Unionsparteien an die SPD wird die Bereitschaft, Rechtsaußen zu wählen, eher steigern. Generell zeigen sich Wählerinnen bei Landtagswahlen eher bereit auch mal eine kleine Partei zu wählen, die Angst, die Stimme zu Lasten der großen Politik zu verschenken, ist hier geringer. Auch davon könnte die „Volksfront von rechts“ profitieren. Eine Konkurrenz von rechts, welche dem DVU-NPD-Bündnis Stimmen streitig machen könnte, ist nicht in Sicht. *erk* ■

Frankreich:

Umgruppierung(en) im Rechtsaußenlager

Teil 2

In der vorigen Ausgabe der AN hatten wir angekündigt, dass der rechtskatholische und nationalkonservative Graf Philippe de Villiers und der rechtsextreme Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard (ehemals Front National), dabei seien, ein Bündnis zu knüpfen. Jacques Bompard, der im September 2005 dem Front National aufgrund innerparteilicher Machtkämpfe mit dessen Chef Le Pen den Rücken kehrte, wurde mit den Worten zitiert, er wolle „in den nächsten Tagen“ mit Philippe de Villiers zusammentreffen.

Dieses Treffen hat inzwischen stattgefunden, und zwar in einem besonders brisanten Kontext. Am Donnerstag, 3. November kam es vor zahlreichen Kameras und Mikrophonen zum ersten Handschlag zwischen Philippe de Villiers und Jacques Bompard, vor dem Hintergrund der Pariser Trabantenstädte als Fotokulisse. Die beiden hatten sich die, nach verbreiteter Vorstellung (aufgrund der Sensationsberichterstattung) „in Flammenden stehende“, Pariser Banlieue als Ort ihres Treffens ausgesucht. Dort traten sie nun auf, um anzukündigen, gemeinsam ein „Kollektiv der Mandatsträger der Republik gegen das Ausländerwahlrecht“ zu gründen. Das war einerseits eine gezielte Provokation im Kontext der Unruhen, an denen (nicht ausschließlich, aber in größerer Zahl) Einwandererkinder der zweiten und dritten Generation teilnahmen, die sich im gesellschaftlichen Alltag ausgegrenzt und diskriminiert fühlen. Andererseits war es aber auch eine Provokation gegen den amtierenden Innenminister Nicolas Sarkozy, in der Absicht, ihn in aller Öffentlichkeit rechts zu überholen. Sarkozy hatte sich in den letzten Oktobertagen in einem Zeitungsinterview dafür ausgesprochen, auf kommunaler Ebene (nicht aber bei nationalen Parlamentswahlen) auch Ausländern aus Nicht-EU-Staaten das Wahlrecht zu geben. Begründet hatte seine Umgebung diesen Vorstoß, der seine eigene konservative Partei (UMP) durcheinander wirbelte und erheblichen Unmut von rechts auslöste, mit einer taktischen Notwendigkeit: Sarkozy wolle als „über den politischen Lagern stehende“ politische Überfigur erscheinen, deshalb müsse er mal die Linke und mal die Rechte überraschen.

Bompard und de Villiers fabulierten von einem „ethnischen Bürgerkrieg“ (de Villiers), einer „Springflut der Einwanderung“ und einer angeblich galoppierenden „Islamisierung Frankreichs“ daher. (Die Moslems bilden zur Zeit circa 7 Prozent der Bevölkerung des Landes.) Bompard forderte die Wiedereinführung einer „Verbannungsstrafe“, und der rechtskatholische Graf seinerseits forderte, dass den „rein verwaltungsmäßigen Franzosen“ – also Einwandererkindern mit französischer Staatsbürgerschaft – im Falle eines Verbrechens die Nationalität entzogen werden könne. Jean-Marie Le Pen wurde damit offenkundig die Show gestohlen, zumal er selbst sich nirgendwo vor Ort begeben hatte.

Zugleich blieb Jacques Bompard jedoch ausweichend hinsichtlich seiner zukünftigen Zusammenarbeit mit der Partei der „Villiéristen“, dem MPF (Mouvement pour la France, Bewegung für Frankreich). „Man wird sehen“ sagte er zu den näheren Modalitäten des Zusammenwirkens.

Bompard verfügt ansonsten noch über den von ihm geleiteten Club „Esprit Public“ (ungefähr: Staatsmännischer Geist), der in den letzten 2 bis 3 Jahren eine jährliche Sommeruniversität – zeitlich parallel zu jener des FN – in Orange durchführt, als eigenen Organisationsansatz. Anscheinend verfügt er auch über die Unterstützung des rechten, wirtschafts- und armeenahen Wochenmagazins „Valeurs actuelles“, das in seiner Ausgabe vom 27. Oktober in einer Kurzmeldung neutral-wohlwollend über Bompards zukünftige politische Ambitionen, auf lokaler und regionaler Ebene, berichtet. „Valeurs actuelles“ gehört seit mehreren Jahren, wie seit kürzerer Zeit auch mehrere andere Presseorgane (darunter der „Figaro“), dem Rüstungsindustriellen Serge Dassault und gilt als dessen Sprachrohr.

Die Splittergruppe „Les Identitaires“

Bompards jüngst unternommenen Schritt hin zum bürgerlichen Nationalkatholiken de Villiers unterstützte, wohl aus taktischen Gründen, auch die ultrafaschistische Splittergruppe „Les Identitaires“. Diese Aktivistentruppe, die bis vor kurzem noch „Bloc identitaire“ hieß, ist die Nachfolgeorganisation der seit August 2002 (nach dem kläglich gescheiterten Attentat ihres „durchgeknallten“ Mitglieds Maxime Brunerie auf Präsident Chirac) verbotenen Gruppierung „Unité radicale“. Sie deckt ein Spektrum ab, das in seiner deutschen Entsprechung ungefähr zwischen der NPD und den Freien Kameradschaften stehen würde, mit größerer Nähe zur NPD als gut organisierter Kaderorganisation. „Les Identitaires“ dürften ein paar hundert Aktive und organisierte Sympathisanten zählen. Die Gruppe wird von Fabrice Robert, der ehemals mit Bruno Mégret sympathisierte, und dem ehemaligen Chef der FN-Ju-

gendorganisation (FNJ) Guillaume Luyt angeleitet.

Auch „Les Identitaires“ blieben anlässlich der jüngsten Ereignisse übrigens nicht untätig. In Aulnay-sous-Bois nahmen sie mit rund 20 Aktivisten (laut Presse) an einer Demonstration gegen die Krawalle und „für die Rückkehr zur Ordnung“ teil, die durch den konservativen Bürgermeister und UMP-Abgeordneten initiiert worden war. Diese Demo hatte, mit rund 1.000 Teilnehmern, allerdings nur zum Effekt, die Bewohner der Reihenhaussiedlungen und des Villenviertels (im Süden von Aulnay-sous-Bois) gegen jene der Hochhaussiedlungen innerhalb der Trabantenstadt zu mobilisieren und aufzubringen. Letztere nahmen nicht an der Demo teil, obwohl es die Autos dieser Leute und nicht der Bewohner reicherer Viertel sind, die angezündet wurden. Der Auftritt der „Identitaires“ scheint allgemein eher mit Ablehnung quittiert worden zu sein.

Auf ihrer Homepage erklärte Guillaume Luyt (unter dem Pseudonym Jean Lamotte) im Oktober 2005, statt „Le Pen light“ sei Graf de Villiers im Moment eher „der höherprozentige Le Pen“, da der Chef des FN zu viel Wasser in seinen Wein gegossen habe und den Aktivisten kaum mehr etwas zu bieten habe. Die Konkurrenz zu Philippe de Villiers, als neuem Anziehungsfaktor auf der Rechten, wird durch „Les Identitaires“ also taktisch ausgenutzt, um den FN zu einer Radikalisierung im Sinne der ungeduldigen Aktivisten zu stimulieren. Gegen solcherlei unerbetenen Applaus versucht der rechtskatholische MPF unter de Villiers, der jedenfalls vom eventuellen Zulauf seitens dieser militanten Faschisten nicht allzu sehr begeistert sein dürfte, sich jedoch abzuschirmen.

Als Reaktion auf die Erklärung der Gruppierung „Les Identitaires“ verabschiedete der MPF eine „Ethik-Charta“, in der unter anderem behauptet wird, die Kleinpartei (die angeblich über 15.000 Mitglieder verfügt, der FN gibt ungefähr doppelt so viele vor) stehe „fernab von jeder Fremdenfeindlichkeit“ und: „Unsere intellektuelle Herkunft liegt im Geist der französischen Résistance“. Das ist zwar gelogen, da de Villiers politische Vorfahren zumindest in der Anfangsphase der Besatzungsära weitaus eher in Vichy saßen, bevor sie ab etwa 1943 auf Distanz zum Regime gingen; doch soll es Distanz zu offen faschistischen Gruppen und deren ideologischen Bezügen schaffen. Ansonsten geißelt das Manifest des MPF die beiden „Ideologien“ des „Kommunitarisumus“ (worunter ziemlich pauschal die Anwesenheit moslemischer Einwanderer gefasst wird) und des „Globalismus“. In Abgrenzung zum Front National heißt es ziemlich verklausuliert und indirekt: „Der MPF lehnt den Idealismus oder Romantizismus jener ab, die Überzeugungen verteidigen und dabei das Handeln (Anm.: gemeint ist so genanntes politisch konstruktives Handeln) ablehnen und die dadurch die Keime von Verbitterung und Hoffnungslosigkeit weitertragen.“ (Vgl. auch „Le Parisien“ vom 13. Oktober)

Im Rathaus von Orange arbeiten freilich auch Anhänger der „Identitaires“ wie namentlich der (Bompard nahe stehende) Mitbegründer der Gruppierung, André-Yves Beck. Bei den Kontakten, die in den letzten Wochen bereits zwischen Jacques Bompard und dem MPF im Hinblick auf eine mögliche Mitgliedschaft aufgenommen wurden, soll seitens der Villiers-Partei erklärt worden sein, Beck und seine Kumpanen „nicht haben zu wollen“ (so wird ein ungenannt bleibender MPF-Funktionär in „Libération“ vom 21. Oktober zitiert).

Der „Fall“ Marie-France Stirbois

Im Hinblick auf den Abgang Bompards aus den Reihen des FN erklärte dessen Altfunktionärin Marie-France Stirbois, die „schreckliche Witwe“ des früher innerparteilich hoch geschätzten und mächtigen Generalsekretärs Jean-Pierre Stirbois (der im November 1988 bei einem Autounfall starb): „Auch ich könnte in naher Zukunft gehen“. „Viele“ in der Partei, so fuhr sie öffentlich fort, seien „vom Klima der Säuberung“, das beim FN herrsche, „angeekelt“. Stirbois gehört zu den hauptsächlichen GegnerInnen der Tochter Le Pens, Marine, der zu übertriebene „Modernisierungstendenzen“ vorgeworfen werden. Dem eventuellen Austritt von Marie-France Stirbois, die früher in der ehemaligen FN-Hochburg Dreux (westlich von Paris) wirkte und jetzt in Nizza ansässig ist, kam Le Pen jedoch zuvor: Am 25. Oktober wurde „ihre Mitgliedschaft in der Partei eingefroren“, d.h. Stirbois wurde vorläufig von allen Mitgliederrechten suspendiert. Dies verkündete Le Pen in einem lapidaren Kommuniqué, das er von seinem Büro im Europaparlament aus verschicken ließ.

Stirbois hatte sich seit Monaten dem „Chef“ widersetzt; sie stänkerte gegen die „Modernisierungsbestrebungen“ an und predigte seit dem Frühsommer 2005, als vermutetes Gegenmittel, eine Annäherung an den Rechtskatholiken de Villiers.

Der jüngste Vorwurf gegen Stirbois besteht darin, dass sie öffentlich gegen die Absetzung des FN-Bezirkssekretärs in Toulon opponiert hat. Der dortige Sekretär des Bezirksverbands Var, Philippe David de Beauregard, war von Le Pen aus seinem Amt gefeuert worden („die Bezirkssekretäre des FN können nach freiem Belieben vom Präsidenten ein- und abgesetzt werden“, hieß seine Begründung), weil er Jacques Bompard zu nahe steht; inzwischen wurde er durch den Regionalparlamentarier Jean-Louis Bouguereau ersetzt. Marie-France Stirbois hatte eine Pressekonferenz zur Unterstützung des geschassten Bezirkssekretärs organisiert. Der Ex-Bezirkssekretär de Beauregard wurde gleichzeitig mit ihr ebenfalls von seiner Parteimitgliedschaft „suspendiert“. Nunmehr steht ihre Parteimitgliedschaft auf dem Spiel. Über ihre zukünftige Zugehörigkeit zum FN sollte bei einer Sitzung des obersten Führungsgremiums („Exekutivbüro“) am 7. November entschieden werden. Der Beschluss wurde jedoch verschoben, da die Sitzung ganz den jüngsten Ereignissen in den Banlieues und den Reaktionen der rechtsextremen Partei darauf gewidmet war.

Die Absetzung des Carl Lang

Bei der Sitzung des „Exekutivbüros“ (der obersten Parteiinstanz mit 9 Mitgliedern) am 9. September, bei der Jacques Bompard aus allen Parteiämtern ausgeschlossen wurde, hatten sich sowohl Bruno Gollnisch als auch Generalsekretär Carl Lang erstmals offen einer durch Le Pen betriebenen Disziplinarmaßnahme widersetzt. Dafür musste jetzt Carl Lang wahrscheinlich bezahlen: Le Pen hat ihn am 11. Oktober seines Postens als Generalsekretär und „Nummer Drei“ der Partei, den er seit 14 Jahren bekleidete, enthoben. Bereits Ende September hatte Le Pen dem langjährigen Parteifunktionär, der seit 27 Jahren dem FN angehört, im Europaparlament mitgeteilt, er beabsichtige seine Absetzung. Carl Lang hatte dies mit den Worten dementiert: „Ich habe nicht die Absicht, zurückzutreten, es sei denn, dass es von mir verlangt wird“. Damit hatte er deutlich signalisiert, dass er nicht freiwillig abtreten werde. Am Tag seiner Absetzung erklärte Carl Lang denn auch: „Jean-Marie Le Pen hat mich aufgefordert, ihm mein Amt zurückzugeben, was ich auch sofort und so loyal wie möglich (!) getan habe. Ich bleibe im Dienste der Bewegung.“ Anlässlich der Sitzung des Politischen Büros am 17. Oktober, wo die Ab- und Umbesetzungen bestätigt wurden, verkündete Le Pen dann allerdings, Carl Lang bleibe – obwohl er dadurch zurückgestuft wird – Mitglied der Parteispitze als „Vizevorsitzender mit Zuständigkeit für soziale Fragen“. Carl Lang ist einer der hauptsächlichen Vordenker der Wende vom Wirtschaftsliberalismus zur Sozialdemagogie, die der FN in den frühen 90er Jahren vollzogen hat, und gilt daher als wesentlicher „Sozialpolitiker“ der rechtsextremen Partei.

Neuer Generalsekretär wird der 36-jährige Doktor der Rechtswissenschaft Louis Aliot, der zur engeren Umgebung Marine Le Pens gehört. Damit wurde erneut ein Faktum geschaffen, das die innerparteilichen Widersacher als Indiz für die beabsichtigte Beförderung der Le Pen-Tochter als Nachfolgerin des „historischen“ Parteichefs auslegen müssen. An ihren Rivalen im Ringen um die Nachfolge des Chefs, Bruno Gollnisch, hat Le Pen sich dagegen bisher nicht herangetraut, obwohl auch er sich dem Ausschluss Bompards widersetzt hatte. Beobachter sind der Auffassung, er sei durch seinen Status als auch offiziell von Le Pen anerkannter „potenzieller Nachfolger“ (Le Pen hat ihn 2003 öffentlich als solchen bezeichnet) relativ gut geschützt. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Jugendunruhen in Frankreich – Regierung verhängt Ausnahmezustand – Die Hintergründe

„Der Funke kann die Ebene in Brand stecken, wenn vorher die Trockenheit am Werk war." Diese beinahe poetische Formulierung tauchte Anfang November in einem Leitartikel der linksliberalen Pariser Tageszeitung *Libération* auf. Es ging, natürlich, um die Ursachen der Unruhen in den Pariser Trabantenstädten, die am Wochenende bereits seit zehn Tagen anhielten und sich auf andere, „bisher als ruhig geltende" (so die Formulierung eines öffentlichen Radiosender) französische Städte auszudehnen begannen.

Es stellt sich die Frage nach den Gründen für die jüngste Eskalation. Wie so häufig, gibt es einen unmittelbaren Anlass und weitaus tiefer sitzende Ursachen dafür. Den Anlass lieferte das tragische Ende einer Flucht vor der Polizei, die sich am 27. Oktober an der Stadtgrenze zwischen Clichy-sous-Bois und Livry-Gargan abspielte. Bouna, 15 Jahre alt, Zyed (17) und der 21-jährige Metin – drei junge Franzosen, deren Familien aus Mali, aus dem Maghreb und aus der Türkei kamen – hatten sich dabei in einem Transformatorenhäuschen des Stromversorgungsunternehmens EDF (Electricité de France) vor der Brigade anticriminalité BAC, einer militarisierten Sondereinheit der Polizei, versteckt. „Polizeilich unbescholten", wollten sie sich einer der unzähligen schikanösen Personalienkontrollen entziehen. Zwei von ihnen starben durch einen Starkstromschlag, während Metin mit schweren Verbrennungen davon kam.

■ Reaktionen verschärften die Lage

Am Vormittag nach dem Tod der beiden Jugendlichen erklärten Innenminister Nicolas Sarkozy und Dominique de Villepin öffentlich, es habe sich bei den Jugendlichen um „Einbrecher" (Villepin) gehandelt. Die minutiöse Rekonstruktion der Ereignisse durch einen Teil der Presse zeichnete jedoch ein völlig anderes Bild. Demnach hatten sich die Jugendlichen gar nichts zuschulden kommen lassen. Vielmehr entzogen sie sich, auf dem Nachhauseweg von einem Fußballspiel, einer der unzähligen Personalienkontrollen, die als sinnlose Schikane erlebt werden. Selbst in einer Reportage dreier Journalistinnen des konservativen *Figaro*, der die Polizei und die Regierung weitestgehend verteidigt, ist davon die Rede, dass – nach den Worten eines Jugendlichen – „zwei mal pro Tag kontrolliert wird, wer nur den Fehler begeht, in Clichy-sous-Bois zu wohnen". Und *Le Parisien* zitiert einen 16-Jährigen aus der Gruppe, die vom Fußball kam und vor den Beamten der BAC weglief: „Ich hatte keine Lust, vier Stunden auf der Wache für nichts zu verbringen". Ungeklärt ist bisher aber noch, ob auch die drei, die sich in dem Trafohäuschen versteckten, konkret durch Polizisten verfolgt wurden – dies behauptet der Rechtsanwalt ihrer Familien, Jean-Pierre Mignard, und dies geht auch aus der Nachstellung der Ereignisse durch *Libération* hervor. Dagegen lautet die offizielle Position, nachdem die erste Darstellung von Regierungsmitgliedern – es habe sich um junge Straftäter gehandelt – stillschweigend zurückgezogen worden ist, die drei seien aufgrund einer Gruppendynamik losgelaufen, ohne jedoch selbst Verfolger auf den Fersen zu haben.

Die Ursachen dafür, dass die Empörung über den tödlichen Unfall der Jugendlichen auf derart breiter Front in „Randale" überschwappte, liegen selbstverständlich tiefer. Die französischen Trabantenstädte bildeten in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine Art „Treibhaus für gesellschaftliche Krisenprozesse", das nur sehr schwer mit oberflächlich ähnlichen Wohngegenden in Deutschland verglichen werden kann. Deshalb sind auch die Prognosen mancher Kreise, „demnächst" werde es „auch bei uns in Deutschland zu solchen Ereignissen" kommen, von vornherein Makulatur. Denn die in den letzten Jahrzehnten in Frankreich praktizierte Art und Weise der Territorialisierung der „sozialen Frage" ist in dieser Form nicht auf andere Länder übertragbar, auch wenn es entfernt ähnliche Mechanismen etwa in US-Großstädten gibt. Im Gegensatz zu den „Ghettos" nordamerikanischer Metropolen gibt es allerdings in den französischen Trabantenstädten keine „ethnischen" Quartiere, in denen vorwiegend Menschen derselben Herkunft oder derselben Hautfarbe zusammen wohnen. Die französischen Banlieues sind vielmehr davon geprägt, dass ein Großteil der mit „sozialen Problemen" behafteten Bevölkerungsgruppen aus den Kernstädten in die Vorstadtzonen abgedrängt werden. Das Kriterium ist dabei kein „ethnisches" oder religiöses, sondern finanzieller Natur, und unterschiedliche Gruppen mischen sich in ausnahmslos allen Wohnquartieren der Banlieues. Aufgrund der Tatsache, dass zu der Territorialisierung der „sozialen Frage" auch noch eine Ethnisierung in der gesellschaftlichen Vorstellung – jedenfalls breiter Kreise, die außerhalb der Trabantenstädte wohnen – hinzu kommt, werden jedoch vor allem Schwarze und arabischstämmige Immigranten als „typische" Vertreter der Banlieues wahrgenommen. Dies ist aber insofern unrichtig, als auch die Angehörigen des ‚white trash' in den Trabantenstädten leben und an den alltäglichen Gewaltphänomenen teilhaben.

■ Entstehung der Banlieue

Die Banlieue im modernen Sinne entstand zunächst rund um Paris, am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Der Begriff selbst ist aber bereits älter und bezeichnete im 17. Jahrhundert die „Bannmeile" – so lautet die wörtliche Bedeutung von ban-lieue – , also jene Zone rund um die größeren Städte, die ein mit Verbannung belegter Bürger oder Untertan nicht betreten durfte. Später jedoch änderte sich die Funktion dieses Gebiets. Da die französische Großbourgeoisie und Regierungskreise in besonderem Maße von Revolutionsangst geplagt wurden, beschlossen sie, es sei vorzuziehen, die „gefährlichen Klassen" – das war damals neben dem Subproletariat auch die Industriearbeiterschaft – in wenigen Verdichtungsräumen zu konzentrieren. Auf diese Weise hätte man sie besser unter Kontrolle, während man sich auf das übrige Frankreich als „sicheres Hinterland" stützen könne. Auf diese Weise entstanden die Ballungsräume rund um Lille, Paris oder Lyon, die administrativ von den Kernstädten unterschieden wurden. In Paris etwa ließ man die Stadt, die sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein geographisch ausdehnte, am 1860 gezogenen Stadtring – auf dem heute die Ringautobahn rund um Paris verläuft – enden; die Arbeitervorstädte, die rund um die militärischen Festungsanlagen vor den Toren der Hauptstadt entstanden, wurden nicht eingegliedert. Dagegen blieben die proletarischen Bezirke in Marseille in das Stadtgebiet selbst integriert.

Die Pariser Banlieue ist heute fast so groß wie das Saarland, mit fast acht Millionen Einwohnern, wobei sich historische Stadtkerne und Reihenhaussiedlungen mit Hochhaus- und Plattenbaughettos abwechseln.

Rund um Paris bildeten die Vorstädte seit etwa 1930 Jahrzehnte hindurch den „roten Gürtel", der – auf kommunaler Ebene – größtenteils durch die KP regiert wurde. Darum war es auch der KP lange Zeit gar nicht so unrecht, dass die ärmeren und sozial ausgegrenzten Teile der Bevölkerung in diese Zonen abgeschoben wurden: Dadurch glaubte sie, Arbeiter und „einfache" Angestellte unter ihrem politischen Einfluss hal-

ten zu können. An jedem Wahlsonntag liefen noch bis vor wenigen Jahren die Anwerber der KP die Treppenhäuser der Hochhaussiedlungen ab, um dafür zu sorgen, dass die Mitglieder der Arbeiterhaushalte auch wählen gingen, und möglichst „richtig“. Deshalb sorgten auch die KP-regierten Rathäuser, zusammen mit den Pariser Ministerien der Zentralregierung, anfänglich dafür, dass möglichst viele geschlossene Trabantenstadtsiedlungen errichtet wurden, die dann Namen wie die „Kosmonautensiedlung“ (in Saint-Denis) erhielten, im Vertrauen auf den Fortschritt und die Überlegenheit des sowjetischen Gesellschaftsmodells. Aber Anfang der 80er Jahre widersetzte sich die Partei, deren Niedergang – zuerst leise und schleichend – begonnen hatte, erstmals weiterem Zuzug, da man zu der Auffassung gelangt war, dass man der Konzentration sozialer Probleme auf engstem Raum sonst nicht mehr Herr werden könne. Die neue Linie setzte die KP 1980/81 in einer zeitweise offen ausländerfeindlichen Kampagne um.

Von diesem Einfluss sind heute nur noch Restbestände übrig. Die jüngeren Generationen werden seit 30 Jahren nicht mehr durch Erwerbsarbeit und Fabrikdisziplin sozialisiert und damit auch nicht mehr durch die vormals prägende Bindungswirkung der Klassensolidarität, sondern ihr Heranwachsen ist durch die Aussicht auf Arbeitslosigkeit bestimmt. Damit einher gehen ein erhöhtes Maß an „Schulversagen“ – die Jugendlichen bleiben viel länger in der Schule als früher, aber sind gleichzeitig oft demotiviert und angeödet, Langeweile, die Auflösung kollektiver Bindungen sowie eine Verrohung im Alltag sind die Folge. Die Gesellschaft in vielen Trabantenstädten ist extrem atomisiert und geprägt durch die Faszination für Markenartikel und zum stolzen Auftreten geeigneten Sportklamotten, durch die Jagd nach dem „schnellen Geld“, das einigen jungen Leuten durch die Parallelökonomie (vor allem Drogengeschäfte) ermöglicht wird, und ein immer höheres Maß von Gewalt gegen Frauen.

Den Ersatz für das frühere Bewusstsein oder Gefühl der Klassenzugehörigkeit bieten der Anschluss an Jugendbanden, die ihr jeweiliges Mikroterritorium – Spiegelbild der Abgeschnittenheit der Trabantenstädte von der Mehrheitsgesellschaft – verteidigen, und zum Teil auch „Identitätsangebote“ wie jene der Islamisten. Deren Echo in manchen Banlieues stellt freilich, im Gegensatz zu manchen auch in halblinken Kreisen verbreiteten Interpretationen, nicht die Ursache der sozialen Krise dar. Sondern nur eine von mehreren Folgeerscheinungen oder Facetten der sozialen Zerrüttungsprozesse: Sie schwimmen lediglich sichtbar obenauf wie die Fettaugen auf der Suppe. Ihr Anklang wird auch oftmals übertrieben dargestellt, erscheint aber umso größer, als andere gesellschaftliche und politisch-ideologische Orientierungsangebote auf kollektiver Ebene fehlen, seitdem die Klassensolidarität rückläufig ist.

Erst wenn ein spektakuläres oder als besonders skandalös empfundenes Ereignis „von außen“ in den besonderen Mikrokosmos der Trabantenstädte einbricht, stehen dann viele ihrer Einwohner gegen den „äußren Feind“ zusammen. Und das ist oft die Polizei. Die Sichtweise vieler Jugendlicher in den Banlieues übernimmt dabei aber oft die Territorialisierung sozialer Probleme, die im herrschenden Diskurs stattfindet, und dreht sie einfach um: Der Staat als gesellschaftliches Gewaltverhältnis wird wie ein äußerer Aggressor wahrgenommen, gegen den – als Repräsentant der flagranten Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Ressourcen – es dann das eigene Territorium zu verteidigen gilt. Dabei ist natürlich in Wirklichkeit das gesellschaftliche Gewaltverhältnis in seiner Totalität den Banlieues genauso wenig äußerlich wie anderen Teilen des Staatsgebiets, und gleichzeitig hängen sehr viele Einwohner der Trabantenstädten aktuell von den sozialen Staatsfunktionen ab. Insofern haben viele Aktionen der, nach Ausdrucksformen einer Revolte suchenden, Banlieuejugend auch selbstzerstörerischen Charakter, da sie eine gesellschaftlichen Bedürfnissen dienende Infrastruktur treffen. In Clichy-sous-Bois wurden etwa in den ersten Nächten auch ein Postamt und ein Kindergarten attackiert, denn auf diesen flattert – wie auf den meisten Schulgebäuden in Frankreich – eine Trikolorefahne. Neben Polizisten wurden vielerorts auch Feuerwehrleute auf dem Weg zu Löscharbeiten zur Zielscheibe von Angriffen. Auch sie erscheinen als Repräsentanten der Staatsautorität, was zumindest insofern nachvollziehbar ist, als die Feuerwehr im Großraum Paris aus einem Armeekorps besteht. Im Ballungsraum der Hauptstadt sind die Feuerwehrleute in der Regel Berufssoldaten.

Die gesellschaftliche Sicht auf die Banlieues lässt den Blick wie durch ein Brennglas auf die sozialen Verwerfungserscheinungen fallen. Er sorgt aber nicht für Solidarisierungstendenzen, sondern das verbreitete Bild ruft – im Gegenteil – in größeren Teilen der übrigen Gesellschaft Furcht und Schrecken hervor. Statt des Verlangens nach einer universalisierbaren Antwort auf die „soziale Frage“ dominiert, besonders auch bei der Bevölkerung außerhalb der Trabantenstädte selbst, die die entsprechenden Bilder täglich über die Fernsehbildschirme flimmern sieht, eher ein wachsendes „Sicherheitsbedürfnis“: Bitte, haltet uns diese Leute vom Leib! Bitte, lasst bei uns nicht solche Zustände einkehren, wie sie in den Banlieues bereits – tatsächlich oder auch verbreiteten Fantasmen zufolge – herrschen! Und natürlich tragen die bürgerlichen Medien nach Kräften dazu bei, ein ideologisiertes Bild von diesen Erscheinungen zu vermitteln und nicht nach den gesellschaftlichen Ursachen, sondern nach den möglichst spektakulärsten Ausdrucksformen der „Krise der Banlieues“ zu suchen. Im letzten französischen „Superwahljahr“, 2002, hatte sich die politische Debatte in der Endphase des Wahlkampfs stark auf diese Problematik konzentriert. Dass die nachfolgende Stichwahl dann die „Alternative“ zwischen dem Konservativen Jacques Chirac und dem Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen bot, war danach keine wirkliche Überraschung.

■ Polizeiliche Krisenverwaltung

In den letzten 15 Jahren bildete sich ein Konsens zwischen den staatstragenden Kräften heraus, wonach die Problematik der Trabantenstädte vorwiegend als ein Problem polizeilicher Krisenverwaltung und Sicherheitspolitik wahrzunehmen ist. In den frühen 90er Jahren machten die Vorstädte, unter dem damaligen Innenminister Charles Pasqua, der mittlerweile politischer Rentner ist, eine extrem repressive Phase durch. Innerhalb von zweieinhalb Jahren kam es damals zu fast 200 Todesfällen bei polizeilichen Kontrollen, bei Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften und, innerhalb der Kommissariate, in „polizeilichem Gewahrsam“. Als die Sozialdemokraten und die mit ihnen verbündeten etablierten Linksparteien 1997

Sarkozy mit Polizei-Sondereinheit

wieder das Regierungsgeschäft übernahmen, vollzogen sie zu allererst einen politisch-symbolischen Paradigmenwechsel: Anlässlich der berühmten „Regierungskonferenz von Villepinte“ konstatierten sie im Sommer 1997, sie hätten sich geirrt, als sie bisher die Banlieue-Problematik vorwiegend als Ausdruck sozialer Probleme gewertet hätten. Vielmehr hätten die Polizei und die Repression eine zentrale Rolle bei der Lösung des Problemes der „violences urbaines“ – diesen spezifischen Begriff haben französische Politiker und Sozialwissenschaftlicher mittlerweile für die Gewalt in den Vorstädten geschaffen – zu spielen. Dennoch setzten die Sozialdemokraten auch eine wichtige Formänderung durch, mit dem Projekt der police de proximité (ungefähr: einwohnernahe Polizei). Dabei privilegierten sie den Aufbau von kleinen, dezentralisierten Polizeieinheiten innerhalb der Trabantenstädte, die tagsüber in ihren Büros ansprechbar sein sollten und etwa bei kleineren Alltagsproblemen und Nachbarschaftsstreitigkeiten eingeschaltet werden könnten. Dadurch sollte ein Minimum an Vertrauensverhältnissen zwischen Polizis-

ten und Einwohnern neu geschaffen werden.

Bis dahin war das Bild der Polizei vor allem von ortsfremden und militarisierten Einheiten geprägt, die in den Trabantenstädten nur in größerer Zahl und in Form regelrechter Strafexpeditionen aktiv wurden. Dazu gehören die kasernierte Bereitschaftspolizei CRS (Compagnies républicaines de sécurité) und die Brigades anticriminalité. Nicht alle, aber doch eine größere Anzahl der Mitglieder dieser Anti-Aufruhr-Einheiten kultivieren zudem rassistische Verachtungsgefühle gegenüber einem Teil der Banlieuebevölkerung: Bei den Personalratswahlen der Polizei im Herbst 1995 erhielt der rechtsextreme Front National de la Police, dem später (1998) durch die Gerichte die angebliche Eigenschaft als „Polizeigewerkschaft" aberkannt und der daraufhin verboten wurde, rund 10 Prozent. Aber bei eine CRS-Kompagnie im Pariser Raum sammelte er 46 Prozent der Stimmen.

Ab 1997 wurde die Rolle dieser rein repressiv agierenden Polizeitruppen reduziert und, jedenfalls tagsüber, durch die ziviler auftretenden Polizisten in den neuen Büros innerhalb der Vorstädte abgelöst. In den Nächten und an den Wochenenden freilich blieben die BAC und andere militarisierte Einheiten die Herren der Lage. Die sozialdemokratische Regierung versuchte so eine zumindest teilweise Entspannung der Lage zu erreichen.

Mit dem Regierungswechsel im Mai 2002 und dem Amtsantritt des neuen Innenministers Sarkozy erfolgte jedoch der fristlose Abbruch des Experiments. Die „einwohnernahe Polizei" wurde stark reduziert und Nicolas Sarkozy verbreitete sich spöttisch darüber, seine Polizisten hätten nicht „Sozialarbeiter und Stadtteilanimateure zu spielen". Die repressiven Einheiten übernahmen wieder das Terrain. Damit einher geht etwa eine von rassistischen Diskriminierungen geprägte Kontrollpraxis, bei der sich vor allem Jugendliche aus Migrantenfamilien zum Teil mehrfach täglich schikanösen Personalienfeststellungen unterziehen müssen. In ihem Bericht vom 15. Februar 2005 äußerte sich die beim Europarat eingerichtete „Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz" besorgt über die starke Zunahme diskriminierender Kontrollpraktiken. Eine entsprechende Anmerkung wurde im April vom Jahresbericht von amnesty international zu Frankreich übernommen, der auch eine größere Eskalation der Spannungen in den Banlieues vorhersagt, falls sich daran nichts ändere. Am 27. Oktober in Clichy-sous-Bois war es soweit.

■ Und die Linke?

Seitens der politischen Linken hat man kurzfristig eher Schwierigkeiten damit, eine adäquate Antwort auf die Ereignisse zu finden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass man zwar die „soziale Frage" und ihre besondere Form in den Banlieues als Ursache der Krise begreift – aber zugleich nur schwer die konkreten Aktionsformen de Jugendlichen als Ansatz zu einer Lösung dieser Problematik verstehen kann. Die Sozialdemokraten konnten sich erst nach mehreren Tagen zu klaren öffentlichen Stellungnahmen durchringen. Seitdem klagen sie vor allem die „Abkehr vom Prinzip der einwohnernahen Polizei", der seit dem letzten Regierungswechsel vollzogen wurde, an. Direkt und indirekt kritisieren sie die Politik von Innenminister Nicolas Sarkozy, der bei einem viel beachteten Auftritt zwei Tage vor Ausbruch der Unruhen in Clichy-sous-Bois in ziemlich unspezifischer Weise, von „Gesocks" und „Abschaum" gesprochen hatte – als „provozierend" und zudem als übertrieben repressiv. Dennoch konnten sich die führenden sozialistischen Politiker bisher nicht dazu durchringen, auch den Rücktritt des Innenministers zu fordern. „Jetzt den Rücktritt Sarkozys zu fordern, hieße, den jugendlichen Krawallmachern Recht zu geben" verlautbarte etwa der Sprecher des Mitte-Rechts-Flügels der Partei, der Abgeordnete Julien Dray.

Dagegen fordern die KP und die Grünen mittlerweile lautstark den Rücktritt des amtierenden Innenministers. Die französische KP legt in ihren Stellungnahmen den Schwerpunkt auf die Forderung nach einer Umgewichtung des staatlichen Handelsn in den Trabantenstädten. Statt auf den repressiven müsse der Akzent weitaus stärker auf den sozialen Staatsfunktionen liegen. Ein paar hundert Mitglieder, darunter viele ihrer Bürgermeister aus den Trabantenstädten, demonstrierten am Freitag abend vor dem Pariser Amtssitz des Premierministers.

Weder das Problem aus der staatlichen Perspektive betrachten noch die Aktionsformen der Banlieuejugend bejubeln möchte der größere Teil der radikalen Linken. Alain Krivine, einer der ehemaligen Köpfe des Pariser Mai 1968 und bis vor kurzem Wortführer de trotzkistisch-undogmatischen LCR, sprach in einer Stellungnahme differenzierend sowohl von „einer Revolte" als auch „von Gewalttaten", die „in der Gesellschaft Besorgnis" hervor riefen. An alle anderen Linkskräfte richtete die LCR den Vorschlag, eine gemeinsame Großdemonstration in Form eines „friedlichen Marschs aus den Trabantenstädten" in das Pariser Machtzentrum durchzuführen, um den Rücktritt von Innenminister Sarkozy zu fordern.

Am 9. November fanden auch bereits vor den Rathäusern mehrerer Trabantenstädte gemeinsame Demonstrationen der KP, der LCR und mancher Gewerkschaften (CGT, SUD) gegen den Ausnahmezustand statt. In Bobigny nahmen daran rund 500 Menschen teil.

Bernhard Schmid, Paris ■

Menschenverachtende Flüchtlingsabwehr am Münchener Flughafen

Nicht nur Melilla und Ceuta stehen für eine menschenverachtende Flüchtlingspolitik, sondern auch der Münchner Flughafen. Dort wird seit sieben Monaten ein Flüchtling aus dem Irak festgehalten. Sein Asylantrag ist im Schnellverfahren als offensichtlich unbegründet abgewiesen worden. Obwohl klar ist, dass er mangels Papieren nicht ausreisen kann (die Bundespolizei hat ihn sogar nach Berlin zur irakischen Botschaft geflogen, wo man aber keine Papiere ausstellen wollte), wird Burhan Karim Z. die Einreise nicht gestattet. Zwei Mal war er schon zwei Monate in Stadelheim in Abschiebehaft, doch dies gilt den Behörden nicht als Einreise. Inzwischen ist die Abschiebehaft aufgehoben, weil die Bundespolizei (ehem. BGS) selbst sagt, dass eine Passbeschaffung „nicht aussichtsreich" sei und eine Abschiebung deshalb nicht durchführbar. Freigelassen wird Burhan Karim Z. trotzdem nicht. Stattdessen wird er nun in der sogenannten Flughafenunterkunft festgehalten. Noch immer gilt Burhan Karim Z. als nicht eingereist. Ein diesbezüglicher Antrag beim Verwaltungsgericht München dümpelt seit August vor sich hin.

Burhan Karim Z wird zwar am Flughafen festgehalten, doch wird dies auch vom Amtsgericht Erding und dem Landgericht nicht als Freiheitsentzug gesehen. Theoretisch könnte der Iraker ja ausreisen. Burhan Karim Z ist seit Anfang der Woche in Hungerstreik getreten. Angesichts der Blockadehaltung der Bundespolizei und der Justiz wohl das letzte Mittel, um auf seine verzweifelte Lage aufmerksam zu machen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat verurteilt die Praxis, Menschen monatelang ohne richterlichen Beschluss in Haft zu nehmen, als unvereinbar mit einem Rechtsstaat und als Verletzung elementarer Menschenrechte. Die Argumentation der Behörden und Gerichte zeugt von künstlichen Winkelzügen, die von Wirklichkeit und menschenrechtlichen Grundsätzen gleich weit entfernt sind. Wir fordern unverzüglich die Anerkennung, dass dieser Flüchtling, der seit sieben Monaten in München festgehalten wird, in Deutschland ist und, weil er definitiv nicht abgeschoben werden kann, auch formal die Erlaubnis zur Einreise ins Bundesgebiet bekommt und freigelassen wird. *Pressemitteilung des Bayerischen Flüchtlingsrats München* ■

Erklärung aller 15 Hamburger Geschichtswerkstätten

Gegen das Zurschaustellen von Kriegsobjekten, Nazisymbolen und Kolonialdenkmälern!

Während der Hamburger Senat finanzielle Streichungen vornimmt, von denen auch wir – die Hamburger Geschichtswerkstätten – betroffen sind, unterstützt er die Errichtung eines privaten Schifffahrtmuseums für die Marine- und Militariasammlung Peter Tamms mit 30 Millionen Euro und überlässt der Tamm-Stiftung mietfrei den Kaispeicher B für 99 Jahre. Damit fördert die Hamburger Regierung mit erheblichen öffentlichen Mitteln ein nicht hinnehmbares Geschichtsbild.

Das von Herrn Tamm bisher praktizierte und für sein „Internationales Maritimes Museum“ wohl ebenfalls vorgesehene Ausstellungskonzept präsentiert den Besuchern neben den Zeugnissen der zivilen Schifffahrt eine umfassende Militariasammlung. Die einseitige Präsenz von Uniformen und Admiralstäben, Schlachtschiffmodellen und Waffen blendet nicht nur die Kehrseite der Kriege und Schlachten aus, sondern verschweigt die Ursachen gewaltsamer Konflikte und die Namen der politisch Verantwortlichen und Profiteure der Kriege.

Auch erfahren wir nichts über die blutigen Opfer all der Seeschlachten, die auf zahlreichen Marinebildern der Tamm-Sammlung so „eindrucksvoll“ zur Schau gestellt werden.

Wir erfahren nichts über die Millionen Opfer der Befehle, die unter den Hakenkreuz-verzierten Admiralstäben ergangen sind, welche poliert und kommentarlos Tamms Ausstellung schmücken. Wir vermissen jegliche kritische Einordnung von Tamms Marineobjekten in das historische Geschehen und eine kontinuierliche öffentliche Kontrolle des Ausstellungskonzepts.

Ebenso kritisch stehen wir der öffentlichen Förderung des vom Kulturkreis Jenfeld betriebenen „Tansaniaparks“ in Hamburg-Jenfeld gegenüber. Die Einrichtung dieses Kolonialparks wurde vom Senat mit 25.000 Euro unterstützt. Wir verwahren uns ausdrücklich gegen die namentliche Gleichsetzung des Kulturkreises Jenfeld mit den Hamburger Geschichtswerkstätten, wie in der Vergangenheit geschehen. Wir distanzieren uns von dem dort vertretenen Geschichtsbild, das den Besucherinnen und Besuchern in Gestalt von Kolonialdenkmälern gegenübertritt. Die vorgeblich unpolitische Aufstellung der im „Tansaniapark“ gezeigten Objekte wird in Wahrheit dominiert von zwei Nazidenkmälern aus dem Jahr 193) – den beiden kolonialistischen Großplastiken und dem Schutztruppen-Ehrenmal – sowie von zwei Regimentssteinen für gefallene Soldaten des 2. Weltkriegs. Wir erinnern daran, dass diese ausschließlich unter musealen Gesichtspunkten zusammen getragenen Plastiken nach wie vor zu Ehrungen durch die rechten Traditionsverbände und deren prominente Gäste missbraucht werden. Ganz sicher werden auch dieses Jahr deren Kranzschleifen die Aufschrift „Afrika 1941-1943“ tragen...

Damit sich die Besucherinnen und Besucher der genannten Einrichtungen ein eigenes Bild über historische Geschehnisse machen können, muss im künftigen „Internationalen Maritimen Museum“ und im „Tansaniapark“ auch die Kehrseite von der „Herrschaft zur See“, von der „Befriedung der Kolonien“, von Krieg und Marinerüstung eine angemessene Darstellung finden, dann sollten auch die historischen Bestrebungen gegen Kolonialismus und Militarismus dort eine sachliche Würdigung finden.

Um dies zu gewährleisten muss die Stadt dafür sorgen, dass im Marinemuseum ein mit ausgewiesenen Fachleuten besetzter, von der Tamm-Stiftung unabhängiger wissenschaftlicher Beirat das Ausstellungskonzept des Museums entscheidend prägt. Auch für den „Tansaniapark“ muss ein vom Betreiber unabhängiges, kritisches Gremium gegründet werden, das über die Zukunft dieser Einrichtung verbindliche Entscheidungen trifft. ■

Friedrich Möwe: TAMM-TAMM Eine Anregung zur öffentlichen Diskussion über das Tamm-Museum, GNN-Verlag Schl.-Holstein/Hamburg Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, 5 Euro, ISBN 3-938372-03-6

Neuerscheinung in der Edition DISS (Bd. 8):
Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie

Die einzelnen Beiträge:

- Roger Griffin: Völkischer Nationalismus als Wegbereiter und Fortsetzer des Faschismus: Ein angelsächsischer Blick auf ein nicht nur deutsches Phänomen.
- Kurt Lenk: Das Problem der Dekadenz seit Georges Sorel.
- Helmut Kellershohn: Zwischen Wissenschaft und Mythos. Einige Anmerkungen zu Armin Mohlers „Konservative Revolution“.
- Volker Weiß: Dostojewskijs Dämonen. Thomas Mann, Dmitri Mereschkowski und Arthur Moeller van den Bruck im Kampf gegen „den Westen“.
- Ulrich Prehn: Die wechselnden Gesichter eines „Europa der Völker“ im 20. Jahrhundert: Ethnopolitische Vorstellungen bei Max Hildebert Boehm, Eugen Lemberg und Guy Heraud.
- Stefanie Mayer: „Totes Unrecht“? Die „Benes-Dekrete“ im medialen Diskurs - zwischen völkischem Denken und kritisch-wissenschaftlicher Aufarbeitung.
- Moshe Zuckermann: Die Ideologie der israelischen Rechten.
- Martin Dietzsch: Zur jüngsten Entwicklung der NPD.
- Heiko Kauffmann: Zuwanderung im Schatten der Sicherheit. Flüchtlingsschutz zwischen Völkerrecht und Anti-Terror-Krieg.
- Marei Pelzer: Reformruine Zuwanderungsgesetz
- Ute Kurzbein: Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen.

Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.) Münster: Unrast 2005, 254 S. 18 EUR, ISBN 3-89771-737-9, eMail: info@unrast-Verlag.de internet: www.unrast-verlag.de

Der Nürnberger Prozess schuf Völkerrecht

Frieden und Menschenrechte heute verteidigen!

Dokumentiert: Erklärung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR – Fédération Internationale des Résistants – Association Antifasciste) zum 60. Jahrestag der Eröffnung des Nürnberger Prozesses:

Am 20. November 1945 begann mit der Eröffnungssitzung der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Angeklagt waren führende Repräsentanten der faschistischen Herrschaft als Einzelpersonen und als Repräsentanten der faschistischen Reichsregierung, der NSDAP und aller ihrer Untergliederungen, der SA, der SS, des SD und der Gestapo, als Vertreter der Wehrmacht, der Wirtschaft und des Propagandaapparates.

Die alliierten Ankläger zeigten damit, dass für die schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Kriegsverbrechen und Vorbereitung zum Krieg Personen und Institutionen des faschistischen Apparates gleichermaßen Verantwortung trugen.

Dem Prozess lagen Hunderte von Zeugenaussagen und Tausende von Belastungsdokumenten der faschistischen Administration selber zugrunde. In der Urteilsbegründung heißt es dazu: „Das auf Kriegsverbrechen bezügliche Beweismaterial ist überwältigend gewesen, sowohl was den Umfang betrifft, als auch in seinen Einzelheiten." Es folgen mehrere Seiten Erläuterungen, um welche Kriegsverbrechen in den okkupierten Ländern, gegenüber der Zivilbevölkerung und den Kriegsgefangenen es sich gehandelt hatte. In gleicher Form wurden alle anderen Anklagepunkte belegt und verurteilt.

In diesem Prozess ging es nicht um „Siegerjustiz", wie nazistische Kräfte bis heute behaupten, sondern um die Durchsetzung der Normen des Völkerrechts. Dazu hieß es im Urteil des Prozesses: „Das Statut ist keine willkürliche Ausübung der Macht seitens der siegreichen Nationen, sondern ist nach Ansicht des Gerichts ... der Ausdruck des zur Zeit der Schaffung des Statuts bestehenden Völkerrechts und insoweit ist das Statut selbst ein Beitrag zum Völkerrecht." Die Vereinten Nationen bestätigten bereits Anfang 1946, die im Statut des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg festgesetzten Definitionen der Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind bindend. Immer wieder wurde in der Beschlussfassung der Vereinten Nationen bis heute auf diese Statuten Bezug genommen.

Schon vor vielen Jahren hat die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer erklärt: „Die strikte Einhaltung der in Nürnberg aufgestellten Rechtsnormen ist die unabdingbare Voraussetzung für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten": denn „Verkennung und Mißachtung der Menschenrechte (führten) zu Akten der Barbarei, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben", wie es in der am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen angenommenen Erklärung der Menschenrechte heißt. „Der Kampf um die Wahrung der Menschenrechte ist Anliegen und Pflicht aller Demokraten und Antifaschisten, ob alt oder jung." Diese Aussage hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Die FIR unterstreicht auch zum 60. Jahrestag die Notwendigkeit, die Erinnerung an den Nürnberger Prozess und die Urteile – gesprochen im Namen der Völker – gegen alle Verfälschungen und Relativierungen zu bewahren.

Michel Vanderborght (Präsident)
Ulrich Schneider (Generalsekretär) ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Anfang November hat sich die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit einem Thema befasst, dem sie „höchste (...) Aktualität im Hinblick auf das friedliche Zusammenleben der europäischen Völker" zuschreibt: Sie hat eine Tagung über „internationalen Kulturgüterschutz" veranstaltet. „In vielen Ländern", schreibt die Stiftung, versuche man seit 1989 „verlorenes Kulturgut wieder zurück zu gewinnen". Dabei müsse man „Dissense" mit Nachbarstaaten verhindern und „die bislang offenen Fragen des Kulturgüterschutzes in gut nachbarschaftlicher Diskussion (...) klären". Dies habe, teilt die Stiftung mit, auch eine „Bedeutung für die Zeugnisse deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa".

Für die „Zeugnisse deutscher Kultur" jenseits der deutschen Ostgrenze interessieren sich die Verbände der Umgesiedelten, da sie sich von deren Sanierung eine zunehmende Akzeptanz ihrer Ansprüche in ihren Herkunftsgebieten erhoffen.

Wo die Mittel von BdV und Landsmannschaften nicht ausreichen, da springt notfalls die staatliche Entwicklungspolitik ein – in Rumänien etwa. In Sibiu („Hermannstadt") finanziert das Bundesentwicklungsministerium ein Projekt, das seit September 1999 an der Sanierung der Altstadt arbeitet und bis Dezember 2007 abgeschlossen sein soll. Durchgeführt wird es von der GTZ. Sibiu, so heißt es geschichtsbewusst in der Projektbeschreibung, wurde „von deutschen Auswanderern im 12. Jahrhundert als Hermannstadt gegründet" und ist „bis heute wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Region".

Ganz reibungsfrei laufen die Sanierungsmaßnahmen der GTZ nicht ab. „Verständnis für die integrierte Altstadtsanierung zu finden, war anfangs schwierig; bei Behörden und Bewohnern gleichermaßen", heißt es in der GTZ-Zeitschrift „akzente". Von einer „anfangs spürbare(n) Zurückhaltung der Bewohner und Autofahrer gegenüber weit reichenden Eingriffen" ist die Rede – es gab offenbar Ärger über den Versuch der Deutschen, Sibiu nach ihren eigenen Vorstellungen umzugestalten.

Inzwischen jedoch, berichtet die GTZ, macht sich „Einsicht" breit. Die Macht des Geldes bricht sich Bahn: Schließlich wird das Sanierungsprojekt vom deutschen Staat bezahlt und verbindet die bitter arme rumänische Stadt mit der reichen Hegemonialmacht im Westen. Und zwar ganz materiell: Schließlich dienen die Sanierungsmaßnahmen – so schreibt die GTZ – einer „mittelalterliche(n) Architektur, die eher deutsch anmutet".

jk ■

Die Dresdner Frauenkirche als „nationales“ Symbol

Junge Freiheit Nr. 45/2005 vom 4. November

Das Blatt widmet dem Neuaufbau der Dresdner Frauenkirche den Leitartikel und eine Doppelseite. Für den Leitartikler *Thorsten Hinz* ist die Frauenkirche ein Symbol dafür, dass „das Bild des Vorkriegsdeutschland“ wiedererstehen solle und so führt er gleich noch eine Reihe von Gebäuden an, die wiederhergestellt werden müssten, allen voran das Stadtschloss der preußischen Herrscher in Berlin, die Garnisonskirche in Potsdam ... Denn „Dresden macht die Mutlosen wieder mutig, die Zaudernden fassen Hoffnung, die Pessimisten hören auf schwarz zu sehen. Es ist möglich! Die Widerstände der deutschen Neurose sind zu brechen! Ein ganz neuer Enthusiasmus kann das Land erfassen, sich der Wiederherstellung wenigstens der Kerne der geschundenen deutschen Altstädte und Residenzen zuzuwenden und damit der Gesundung der deutschen Identität. Deutschland braucht eine architektonische Renaissance, die die Seele der Städte und damit die Seele aller Deutschen gesunden lässt. Packen wir es an!“

Die Schwärmerei des Blattes über ein solches Arbeitsbeschaffungsprogramm vernachlässigt, dass die Seele der Städte entweder kleine, dunkle Handwerkerhäuser waren, oder Herrschaftshäuser, in denen das Dienstpersonal in niedrigen Kammern unterm Dach oder über der Küche untergebracht war. Die erhabene deutsche Seele, die darin gehaust hat, war entweder reich, oder arm und dann häufig überhaupt nicht „deutsch“, sondern oft genug polnisch, russisch, tschechisch ... Aber für die Begründung der so genannten Nation ist dem Blatt jeder Anlass recht. *uld* ■

Der Nationalstolz soll alles heilen

Junge Freiheit Nr. 46/2005 vom 11. November

Thorsten Hinz greift die Ankündigung des Bundestagspräsidenten Lammert (CDU) auf, der meint, die Bundesrepublik benötige wieder eine Debatte über die leidige „Leitkultur“. Hinz begrüßt das Vorhaben und begründet es sozial: „Natürlich hätte den Begriff niemand eingeführt, wenn es keine massive Zuwanderung nach Deutschland gegeben hätte oder wenn diese mehrheitlich aus Dänen, Franzosen oder Ungarn bestünde ... Auch der indische Facharzt oder der Ingenieur aus Istanbul ist kein Problem. Es geht um die Zuwanderung von armen, ungebildeten Unterschichtlern, die häufig noch archaischen Sittengesetzen anhängen und in eine hoch- und postindustrielle Gesellschaft kaum integrierbar sind. Das festzustellen, bedeutet keineswegs, ihre Würde oder religiöse Überzeugung herabzusetzen. Warum sie auf die Formulierung der Leitkultur, Normen und Lebenswelt ihres Ziellandes ... einen vergleichbaren Einfluss haben sollen wie die Einheimischen, bleibt aber unersichtlich.“

Ersichtlich ist aber, dass für das Blatt Gleichberechtigung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde für alle Menschen unbekannt sind. Ab Mittelschichten aufwärts darf der Mensch Einfluss nehmen. Armut soll ausgegrenzt werden. Solche Vorstellungen haben sich in Preußen bereits im Dreiklassen-Wahlrecht manifestiert. *uld* ■

Wegen DVU/NPD-Kontakten amtsenthoben

Gerard Menuhin, Vorstandsvorsitzender der Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland, ist seines Amtes enthoben worden. In der Verlautbarung der Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland, Düsseldorf, den 12.11.2005 heißt es dazu: „Wir von der Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland mussten am Mittwoch, den 2. November 2005 zur Kenntnis nehmen, dass unser Vorstandsvorsitzender Gerard Menuhin, Sohn unseres Stiftungsgründers Yehudi Menuhin, auf der Website der NPD, im Vorabdruck eines Interviews in der „Deutsche Stimme“ zitiert wird. Unsere weiteren Recherchen ergaben, dass er darüber hinaus regelmäßig in der „National-Zeitung“ des DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey eine Kolumne verfasst. Die Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland distanziert sich inhaltlich in vollem Umfang von den Äußerungen Gerard Menuhins und missbilligt aufs Schärfste die Nennung unserer Stiftung und ihres Wirkens in einem Medienorgan, dass auch laut Innenministerium dem „einschlägigen rechtsextremistischen Umfeld zuzurechnen“ ist. ... Wir haben darauf unverzüglich reagiert: Der Vorstand der Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland hat Gerard Menuhin aufgefordert, bis spätestens zum 11.11.2005 von seinem Amt als Vorstandsvorsitzender zurückzutreten. Da Gerard Menuhin diese Frist ohne Reaktion verstreichen ließ, hat ihn der Vorstand mit sofortiger Wirkung heute, am 12.11.2005, seines Amtes enthoben. ...

Yehudi Menuhins ganzes Lebenswerk war darauf ausgerichtet, kulturellen Minderheiten eine Stimme zu geben und Kindern, insbesondere in sozialen Brennpunkten mit hohem Migrantenanteil, durch Kunst ein gewaltfreies Miteinander zu ermöglichen. In diesem Geist steht MUS-E, das Hauptprogramm unserer Stiftung. Die Visionen, Ideen und Überzeugungen Yehudi Menuhins sind definitiv nicht vereinbar mit der ausgrenzenden und diffamierenden Sprache und ausländerfeindlichen Haltung seines Sohnes Gerard. *Enrique Baron Crespo*
Winfried Kneip
Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

„2000 Euro für die Antifa-Nachrichten bis Jahresende“

Inzwischen sind

905,- Euro

eingetroffen. Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!
Spendenkonto: GNN-Verlag
Kto.Nr. 10419507, Postbank Köln, BLZ 370 100 50